

PAUKOS



Uwe Hirsch CC BY-NC-SA 2.0

Inhalt u.a.

Henrik Peitsch

PAUKOS im Gespräch mit Julia Jirrmann vom Netzwerk Steuergerechtigkeit
Wie eine starke Lobby und die Politik den Staat kaputtspart und
damit die Gerechtigkeit verhindert und die Demokratie aushöhlt

GEW Senior*innen

Warum vom Frieden die Rede sein muss

Bernd Glüsenkamp

Wer kennt das Rothaus-Tannenzäpfle? Vortrag von Stefan Ruppner

Henrik Peitsch

Analyse der Schulplatzsituation in Osnabrück für das Schuljahr 2026/2027

KLIMALab Osnabrück

Klimaneutrale Schulen in Osnabrück

OSRadio 104,8

Professor Aladdin El-Mafalani im Gespräch mit OSRadio 104,8

Dr. Brigitte Schumann

Wie die Bildungspolitik der AfD in die Hände spielt

Henrik Peitsch

Zu guter Letzt

Entscheidet die AI über den Einsatz von AI?

Der Mythos der „Artificial Intelligence“!

Inhalt	Seite
Henrik Peitsch	
PAUKOS im Gespräch mit Julia Jirmann vom Netzwerk Steuergerechtigkeit	
Wie eine starke Lobby und die Politik den Staat kaputtspart und damit die Gerechtigkeit verhindert und die Demokratie aushöhlt	3
Netzwerk Steuergerechtigkeit	
Positionspapier für eine gerechte Erbschaft- und Schenkungssteuer	8
Finanzwende	
Kurzfilm: Mythos Familienunternehmen	
Wie die Lobby der Milliardäre uns manipuliert	8
Katharina Buchholz	
Die reichsten Deutschen	9
GEW Senior*innen	
Warum vom Frieden die Rede sein muss	10
Bernd Glüsenkamp	
Wer kennt das Rothaus-Tannenzäpfle? Vortrag von Stefan Ruppaner, Schulreformer, am 6. Mai 2026 in der Lagerhalle Osnabrück	12
Henrik Peitsch	
Analyse der Schulplatzsituation in Osnabrück für das Schuljahr 2026/2027	13
GEW Kreisverband Osnabrück-Stadt	
Termin	16
GEW Kreisverband Osnabrück-Stadt	
Unsere Jubilare 2026	16
KLIMALab Osnabrück	
Klimaneutrale Schulen in Osnabrück	17
OSRadio 104,8	
Professor Aladdin El-Mafalani im Gespräch mit OSRadio 104,8	18
GEW Landesverband Niedersachsen	
Hitze-Sommer: Wenn Schulgebäude zu „Backöfen“ werden	19
GEW Bund	
Auszüge aus Pressemitteilungen	20
Dr. Brigitte Schumann	
Wie die Bildungspolitik der AfD in die Hände spielt	21
Hadija Haruna-Oelker – Frankfurter Rundschau	
Irrwege einer erschöpften Gesellschaft	25
Dr. Anja Opitz – Akademie für Politische Bildung Tutzing	
Das Präventionsparadox kollabiert. In Echtzeit.	26
Lektüreempfehlungen	
– Roland Peters und Hannes Vogel	
Angriff der Tech-Milliardäre – Wie Thiel, Musk & Co unsere Demokratien zerstören wollen	
– Rainer Mühlhoff	
Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus	
– Deutsches Schulbarometer	
Befragung der Lehrkräfte 2026	
– GEW Bund – Deutsches Schulbarometer	
Befragung Schüler:innen 2026	28
Henrik Peitsch	
Zu guter Letzt	
Entscheidet die AI über den Einsatz von AI? Der Mythos der „Artificial intelligence“!	30
Impressum	31

PAUKOS im Gespräch mit Julia Jirmann vom Netzwerk Steuergerechtigkeit

Wie eine starke Lobby und die Politik den Staat kaputtspart und damit die Gerechtigkeit verhindert und die Demokratie aushöhlt

Henrik Peitsch

Könnte eine Vermögenssteuer dem Staat bis zu 150 Milliarden Euro pro Jahr einbringen? Eine aktuelle DIW-Studie¹ (im Auftrag der Linken) sagt: Ja. Das wirft die Frage auf, ob die extremen Profite einiger weniger wirklich komplett geschützt sein müssen oder ob sie der Gesellschaft zugutekommen sollten. Rechtlich gibt es dafür eine Basis: Artikel 14 des Grundgesetzes stellt klar, dass Eigentum verpflichtet und dem Gemeinwohl dienen soll. In Absatz 3 wird sogar die Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit ermöglicht. Über Steuergerechtigkeit und die erneute Einführung einer Vermögenssteuer habe ich mit Julia Jirmann gesprochen.



Foto: Netzwerk Steuergerechtigkeit

Liebe Frau Jirmann, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, um meine Fragen zu beantworten. Sie haben im letzten Jahr in Osnabrück während einer Veranstaltung der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften einen interessanten Vortrag zur Vermögenssteuer gehalten. Wir haben auch bereits ein Gespräch für den Bürgerfunk für OS-Radio 104,8 geführt.² Zu dem Thema haben Sie auch ein Buch publiziert: „Die Blackbox Steuerpolitik: Wie unser Steuersystem Ungleichheit fördert“³. Sie sind Referentin für Steuerrecht und Steuerpolitik beim Netzwerk Steuergerechtigkeit. Was ist das Netzwerk Steuergerechtigkeit?

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit ist ein kleiner gemeinnütziger, spendenfinanzierter Verein, der sich für ein gerechtes Steuersystem im Sinne aller einsetzt. Also nicht nur in einer kleinen Gruppe von Vermögenden oder bestimmten Unternehmensgruppen, sondern wir blicken auf das Steuersystem und wollen, dass es gerecht für alle ist und vielleicht auch sogar für jene, die noch nicht geboren sind, also im Sinne eines nachhaltigen, ökologisch nachhaltigen Steuersystems. Vor meiner Tätigkeit bei dieser NGO habe ich auf der anderen, wie man so sagt, auf der anderen Seite gearbeitet. Ich war bis vor vier

Jahren bei einer Beratungsgesellschaft und danach beim Bund der Steuerzahler tätig.

Wer sind eigentlich die Mitglieder des Bundes der Steuerzahler?

Der Bund der Steuerzahler e.V. ist ein Verein mit etwa 200.000 Mitgliedern. Gemessen an der Zahl der gesamten Steuerzahler ist dies nur eine Minderheit. Er ist ein Lobbyverein, der sich für niedrige Steuerzahlungen einsetzt. Von niedrigen Steuerzahlungen profitieren vor allem jene, die hohe Gewinne und hohe Einkommen haben und davon wenig abgeben wollen. Mitglieder sind deshalb Menschen, die sehr viel Steuern zahlen: mittelständische Unternehmen, Freiberufler und Besserverdienende.⁴ Es liegt in der Natur der Sache, wenn man sich für einen ‚schlanken Staat‘ und für wenig Steuern einsetzt, dass man dann im Prinzip immer stärker die Interessen jener vertritt, die auf den Staat nicht angewiesen sind, weil sie selbst genug private Mittel aus dem System kriegten.

Dieser Lobbyverein veröffentlicht jährlich sein Schwarzbuch über die „öffentliche Verschwendung“ von Steuergeldern. Grundsätzlich ist gegen Lobbyorganisationen nichts einzuwenden.

1 https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.998454.de/diwwkompakt_2026-211.pdf (Zugriff 07.06.2026)

2 https://nachhaltiggleben.net/?page_id=21

3 Julia Jirmann (2024): Blackbox Steuerpolitik. Wie unser Steuersystem Ungleichheit fördert. Ein Reformvorschlag

4 Stefan Bach: Unsere Steuern Wer zahlt? Wie viel? Wofür? Frankfurt/Main 2016, S. 148. Zitiert bei Lobby-Control: https://lobbypedia.de/wiki/Bund_der_Steuerzahler (Zugriff: 07.06.2026)

Problematisch wird es dann, wenn die Lobbyorganisationen von Großunternehmen und sehr reichen Leuten finanziert werden und damit die Interessen weniger vertreten. Die Vertreter*innen dieser Organisationen haben nicht nur direkten Zugang zur Politik, z.B. Hausausweise zum Gebäude des Bundestages etc., und zu den Medien. Sie haben auch ein Anhörungsrecht im Gesetzgebungsprozess. Durch ihre Macht können sie der breiten Masse einreden, dass hohe Steuern Arbeitsplätze gefährden, dass hohe Steuern Investitionen gefährden. Die große Mehrheit wird so von politischen Entscheidungen ausgeschlossen und wird auch über die von den Lobbyverbänden beeinflussten Medien manipuliert. Die Politik wird dadurch auch massiv unter Druck gesetzt.

Frau Jirmann, wie ist es denn, zahlen auch Sie, zahlen wir alle zu viel Steuern? Leiden wir unter der Steuerlast, so dass die Steuern gesenkt werden müssen. Schadet die derzeitige Steuerlast der „Wirtschaft“ und gefährdet sie den Wirtschaftsstandort? Wir brauchen doch die „Wirtschaft“?

Ja, ich würde das sogar unterstreichen, wir brauchen die Wirtschaft oder wir sind die Wirtschaft und wir sind auch ein Stück weit der Staat. Das sind wir ja irgendwie alle. Wenn wir uns dies im internationalen Vergleich anschauen, dann macht es immer Sinn, Steuern und Abgaben zusammen zu rechnen. In manchen Ländern wie Dänemark zum Beispiel wird das Gesundheitssystem steuerfinanziert. Bei uns sind das Abgaben, deswegen macht es immer Sinn, alles zusammenzurechnen.

Wenn wir die Steuer- und Abgabenquote, gemessen an der gesamten Wirtschaftsleistung, mit den Ländern in der EU und mit den OECD-Staaten vergleichen, dann liegt Deutschland unauffällig im oberen Mittelfeld. Die Länder, die darüber liegen, also oberhalb des Mittelfelds, sind die reichen Industriestaaten. Man kann sagen: Eine sehr niedrige Steuerquote findet sich in der Regel in sehr armen und sehr korruptionsanfälligen Ländern. Die reichen Länder, die die viel Wohlstand haben, die haben eben hohe Steuerabgabenquoten. Man sieht also, dass es einen großen Zusammenhang gibt zwischen dem Wohlstand, der in Deutschland gewachsen ist und dem Steueraufkommen. Steuerfinanzierte staatliche Investitionen, z.B. Inf-

rastruktur und Bildung, ermöglichen Wirtschaftswachstum. Wenn man sich die Steuerquote der letzten 50 Jahre anschaut, dann stellt man fest, dass die Situation fast unverändert ist.⁵ Es hat keine höheren Steuereinnahmen gemessen an der Wirtschaftsleistung gegeben. Was ein bisschen zugenommen hat, sind die Abgaben. Die sind tatsächlich ein Stück gestiegen. Sie belasten vor allem die Mitte der Gesellschaft und die unteren Einkommen. Sie zahlen ja alle Sozialabgaben. Aber insgesamt, wenn wir uns alles anschauen, befindet sich Deutschland sehr unauffällig im oberen Mittelfeld. Man darf nicht vergessen, dass in Deutschland z.B. das Gesundheitssystem bei aller notwendigen Kritik im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern gut aufgestellt ist.

In der öffentlichen Debatte wird häufig ein ‚schlanker Staat‘ gefordert, wobei die Aufnahme von Krediten durch die öffentliche Hand meist kritisch als ‚Verschuldung‘ bezeichnet wird. Im Gegensatz dazu wird die Kreditaufnahme von Unternehmen zur Finanzierung von Investitionen mit dem Begriff ‚Fremdkapital‘ neutraler betrachtet. Während Unternehmen die Zinslast durch erwartete Gewinne decken, generiert der Staat durch Investitionen einen gesellschaftlichen Mehrwert und perspektivisch höhere Steuereinnahmen. Es stellt sich die Frage, ob ein striktes Investitionsverbot nicht zu einer Erosion der Infrastruktur sowie zu einer Schwächung des Bildungs- und Sozialsystems führt. Zudem ist die These zu prüfen, dass staatliche Kredite primär eine Last für künftige Generationen darstellen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die zentrale Frage: In welchem Maße ist eine staatliche Kreditaufnahme zur Sicherung langfristiger Gemeinwohlinteressen und des demokratischen Zusammenhalts unserer Gesellschaft legitim?

Wir haben in Deutschland eine sehr problematische Beziehung zu Schulden. Wir betrachten sie fast ausschließlich negativ, aber man muss hier ganz klar unterscheiden: Es gibt den Konsum auf Pump – und das ist tatsächlich riskant, wenn künftige Generationen nur unsere heutigen Ausgaben abbezahlen sollen. Aber es gibt auch die Investitionsverschuldung. Das ist im Grunde wie bei einem Unternehmer oder einer Hausbesitzerin: Wenn ich heute in ein Haus investiere oder neue Anlagen kaufe, tue ich das, weil ich in der

⁵ <https://www.bundesfinanzministerium.de/Datenportal/Daten/offene-daten/steuern-zoelle/s11-entwicklung-steuer-und-abgabenquoten/entwicklung-steuer-und-abgabenquoten.html> (Zugriff 07.06.2026)

Zukunft höhere Rückflüsse erwarte. Genau so ist es beim Staat. Wenn wir heute in Autobahnen, digitale Infrastruktur oder Bildung investieren, schaffen wir die Grundlage für künftige Gewinne. Das Problem ist: Unsere aktuelle ‚Schuldenbremse‘ ist in Wahrheit eine ‚Zukunftsbremse‘. Wir haben in den letzten 20 Jahren – sowohl staatlich als auch privat – viel zu wenig investiert. Und genau das ist der Grund, warum unser Wirtschaftswachstum jetzt stagniert. Wir haben aus Angst vor Schulden unsere eigene Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel gesetzt.

Zusammenfassend verstehe ich Ihre Aussage so: Das Hauptproblem liegt darin, dass durch mangelnde Investitionen in der Vergangenheit hohe Folgekosten und Sanierungsstaus entstanden sind. Beispielhaft lässt sich dies an der Bahn oder dem Bildungssektor beobachten, wo bundesweit ein Sanierungsstau von etwa 60 Milliarden Euro besteht – in Osnabrück sind es schätzungsweise 60 Millionen Euro. Da Investitionen Zeit benötigen, führt das jetzige Aufholen bei gleichzeitig knappen Kassen zu großen Schwierigkeiten.

Bevor wir uns der Vermögenssteuer zuwenden, möchte ich noch auf das Bild der ‚schwäbischen Hausfrau‘ eingehen. Frau Jirmann, ist der Vergleich zwischen einem Privathaushalt und dem Staat nicht zutreffend? Funktionieren die Finanzlogiken hier nicht gleich?

Die oft zitierte Analogie der ‚schwäbischen Hausfrau‘, die Angela Merkel insbesondere in Reden in Baden-Württemberg verwendete, ist ökonomisch nicht haltbar. Zwar ist das Prinzip des Sparens im Privathaushalt zur Vermögensbildung sinnvoll, doch ein staatlicher Haushalt funktioniert grundlegend anders.

Erstens verfügt der Staat im Gegensatz zu Privatpersonen über andere Finanzierungsmöglichkeiten und Mechanismen der Geldschöpfung. Zweitens dienen staatliche Investitionen – etwa in die Infrastruktur oder Forschung – dem Gemeinwohl und bilden die Basis für wirtschaftliches Wachstum, während private Ersparnisse meist individuellen Zwecken dienen.

Eine zu strikte Sparpolitik (wie das Streben nach der ‚Schwarzen Null‘) kann kontraproduktiv wirken: Wenn Investitionen in Schulen oder Straßen ausbleiben, verfällt die Substanz des Landes, was wiederum private Investitionen hemmt. Staat-



Verlag Dietz Berlin

liche Ausgaben wirken als Impulsgeber für die Privatwirtschaft, da Unternehmen von der verbesserten Infrastruktur profitieren und durch staatliche Aufträge Umsätze generieren. Das Bild der ‚schwäbischen Hausfrau‘ mag politisch sympathisch wirken, ist jedoch als Leitbild für die staatliche Wirtschaftspolitik gefährlich.

*Internationale Erfahrungen zeigen, dass ein ausgeprägtes Staatsmisstrauen der Bürger*innen die Bereitschaft zur steuerlichen Mitwirkung massiv untergraben kann. Dies wirft die grundlegende Frage nach dem Vertrauen in staatliche Institutionen auf: Vertrauen Sie dem Staat überhaupt darin, dass öffentliche Gelder effizient und richtig eingesetzt werden?*

Zunächst gilt es zu definieren, was wir unter dem Staat verstehen: Er besteht aus einer Vielzahl von Menschen und Funktionsträgern, die gemeinsam unser gesellschaftliches Gefüge stützen. Dass Deutschland heute die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und ein sehr wohlhabendes Land ist, lässt darauf schließen, dass staatliches Handeln in der Vergangenheit maßgeblich zum Erfolg beigetragen hat.

Hinsichtlich der Investitionspolitik plädiere ich nicht für ein staatliches Monopol, sondern für ein synergetisches Zusammenspiel von Privatwirtschaft und Staat. In Krisenzeiten kommt dem Staat eine entscheidende Ausgleichsfunktion zu, indem er dort investiert, wo die Privatwirtschaft aufgrund von Risiken zögert. In bestimmten Sektoren – beispielhaft sei hier der Wohnungsmarkt in Wien genannt – erweist sich staatliches Handeln oft als effektiver und sozial gerechter als rein privatwirtschaftliche Ansätze.

Das häufige Argument, der Staat verschwende Gelder, greift zu kurz. Bei der Verwaltung von Mitteln für 80 Millionen Menschen sind gewisse Ineffizienzen unvermeidlich; dies gilt jedoch gleichermaßen für die Privatwirtschaft. Eine differenzierte Betrachtung zeigt, dass eine relativ hohe Staatsquote – also die Umverteilung von etwa der Hälfte der Wirtschaftsleistung in Form von Investitionen oder Renten – wesentlich zu unserem heutigen Wohlstand beigetragen hat. Dennoch besteht in beiden Sektoren Optimierungsbedarf: Sowohl der Staat als auch die Privatwirtschaft müssen durch notwendige Strukturreformen effizienter werden.

Es gibt viele Argumente gegen eine Vermögenssteuer. Ein Hauptargument ist, dass sie die ‚Wirtschaft‘ belaste. Im ARD-Sommerinterview 2025 behauptete Bundeskanzler Merz, die Vermögenssteuer verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz. Im Jahre 1995 sei deshalb die Steuer vom Bundesverfassungsgericht abgeschafft worden.

Erinnern wir uns an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1995: Die Vermögenssteuer war ungerecht. Wer Immobilien besaß, wurde begünstigt; wer sein Geld auf dem Konto hatte, wurde voll belastet. Das Gericht war klar: Entweder ihr bewertet alles fair nach Marktwert – oder ihr erhebt die Steuer gar nicht. Die Regierung wählte den Weg des geringsten Widerstands: Sie tat einfach nichts.

Damit wurde die Vermögenssteuer in eine Art Winterschlaf geschickt. Das passierte nicht zufällig, sondern im Einklang mit einem globalen Trend. In den 80ern verkaufte uns Ronald Reagan die ‚Trickle-Down-Economics‘ – die Idee, dass es von oben nach unten rieselt, wenn man

den Reichen und Konzernen die Steuern senkt.

Wir haben dieses Experiment nun 30 Jahre lang mitgemacht. Das Ergebnis? Eine erschreckende Ungleichheit, eine Privatwirtschaft, die beim Klimaschutz versagt, und eine Infrastruktur, die in vielen Regionen zerfällt. Genau dort, wo der Staat sich zurückgezogen hat, wächst heute der Populismus.

Es ist Zeit, das Steuersystem wieder auf die Beine zu stellen. Wir brauchen keine weiteren Steuerensenkungen, sondern mutige Investitionen in Bildung und Klimaschutz. Wir müssen dort ansetzen, wo die Ressourcen sind: bei den großen Vermögen. Nur so können wir eine Gesellschaft schaffen, in der nicht nur wenige profitieren, sondern alle mit an Bord sind.

Was schlägt das Netzwerk Steuergerechtigkeit zur Vermögenssteuer vor?

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit schlägt vor, die tatsächliche Steuerbelastung verschiedener Bevölkerungsgruppen in Deutschland zu analysieren. Während die gesellschaftliche Mitte effektiv etwa 50 % ihres Einkommens für Steuern und Abgaben aufwendet, liegt die Belastung bei den Superreichen – die primär von Vermögens- und Unternehmenseinkommen leben – deutlich niedriger, oft nur bei 25 bis 30 %. Dieses Versagen des Steuersystems wird insbesondere bei Vermögen über 50 bis 100 Millionen Euro deutlich.

Um dieser Ungleichheit entgegenzuwirken, fordern wir eine Vermögenssteuer von 2 % auf Vermögenswerte oberhalb eines Freibetrags von 100 Millionen Euro. Ziel ist es nicht, die soziale Ungleichheit radikal aufzuheben oder Milliardäre abzuschaffen, sondern eine grundlegende Steuergerechtigkeit herzustellen. Bei einer geschätzten jährlichen Rendite von 6 bis 7 % bleibt der Vermögensaufbau auch mit dieser Steuer vollständig erhalten. Es geht hierbei primär nicht um die Generierung zusätzlicher Staatseinnahmen, sondern um das Prinzip der Leistungsfähigkeit: Die Superreichen sollen einen proportional fairen Beitrag leisten, vergleichbar mit der Belastung der Mittelschicht.

5 <https://www.ardmediathek.de/video/bericht-aus-berlin/ard-sommerinterview-friedrich-merz/ard/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlcmRlL2JlcmJjaHQgYXVzIGJlcmxpbi8yMDI1LTA3LTEzXzE4LTAwLU1FU1o> (Zugriff 07.06.2026)

Bei einem jährlichen Vermögenszuwachs von 7 % pro Jahr sind 2 % Vermögensteuer ja keine existenzbedrohende Belastung, die in eine soziale Notlage führt, oder?

Ich möchte ergänzen, dass wir in Deutschland derzeit eine mangelnde Innovationskraft bei den sehr großen Vermögen beobachten. Zwar besteht dieser Reichtum primär aus Unternehmensanteilen und nicht nur aus Luxusgütern, doch viele dieser Beteiligungen – etwa in großen Immobiliengesellschaften – tragen kaum zur Schaffung von Arbeitsplätzen oder zu technologischen Fortschritten bei. Es ist festzustellen, dass diese Vermögen oft nicht ausreichend im Inland investiert werden oder im Ausland kaum Renditen erwirtschaften, die der heimischen Wirtschaft zugutekommen.

Durch die Einführung einer moderaten Vermögenssteuer könnte der Staat gezielt in die Infrastruktur und Standortbedingungen investieren, was langfristig das Wirtschaftswachstum für alle Unternehmen fördern würde. Besonders kritisch ist die Struktur des deutschen Reichtums: Deutschland weist weltweit eine der höchsten Konzentrationen an Milliarden auf, von denen etwa 75 % ihr Vermögen geerbt haben. Diese Dominanz von Erben gegenüber selbstgemachten Unternehmern könnte ein Grund für die stagnierende Innovationsdynamik sein. Ein Blick auf die Schweiz zeigt, dass eine progressive Vermögenssteuer dort bereits etabliert ist und die soziale sowie wirtschaftliche Balance unterstützt. Aus rein wirtschaftlichen Gründen wäre eine ähnliche Steuerung in Deutschland daher sinnvoll.

Die CDU, insbesondere Merz und Spahn, haben seit Beginn der neuen Regierung an die

*Arbeitnehmer*innen appelliert, eine Stunde mehr zu arbeiten. Merz behauptete, sie seien zu lange krank. Außerdem gebe es zu viele Bürgergeldempfänger*innen. Ich frage mich, warum fordert die CDU nicht die Wohlhabenden in der Gesellschaft auf, dass sie, wenn sie in diesem Staat Erträge erwirtschaften, auch eine moralische Verpflichtung haben, auf ihr dadurch angesammeltes Vermögen Steuern zu zahlen?*

Meiner Ansicht nach vernachlässigt die CDU das „Christliche“ in der CDU zunehmend. Die Partei bewegt sich stark in Richtung FDP, wobei christliche Werte – insbesondere im Hinblick auf die Verteilungsgerechtigkeit – kaum noch eine Rolle spielen. Stattdessen scheinen Kultur- und Klassenkämpfe im Vordergrund zu stehen.

Aus ökonomischer Sicht ist die aktuelle Strategie der Besitzstandswahrung problematisch. Dass große Milliardenvermögen oft in Family Offices verwaltet werden, ohne dass die Eigentümer einen Bezug zum Unternehmen haben, schadet der wirtschaftlichen Dynamik. Die CDU versteht sich als Wirtschaftspartei, übersieht jedoch, dass extreme Ungleichheit und verkrustete Strukturen auch wirtschaftliche Schäden verursachen. Die Unfähigkeit, diesen Zielkonflikt zwischen dem Schutz privilegierter Schichten und notwendigen Strukturreformen zu lösen, wird langfristig zu einem Problem für die Partei führen. Gerechtigkeit ist hier nicht nur eine moralische oder christliche Frage, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Liebe Frau Jirrmann, vielen Dank für das Gespräch!

Kurzfilm: Mythos Familienunternehmen

Wie die Lobby der Milliardäre uns manipuliert

Milliardärsfamilien können in Deutschland riesige Vermögen fast steuerfrei an die Kinder vererben.

Möglich machen das Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer, politische Einflussnahme und eine mächtige Lobby, die sich hinter einem sympathischen Begriff versteckt: „Familienunternehmen“.

Doch wer steht wirklich hinter der Stiftung Familienunternehmen? Geht es um Mittelstand, Arbeitsplätze und Verantwortung? Oder um knallharte Lobbyarbeit für die Reichen der Reichen?

Im Kurzfilm „Mythos Familienunternehmen – Wie die Lobby der Milliardäre uns manipuliert“ blicken wir hinter die Kulissen der Lobby des großen Geldes. Gesellschafter*innen aus dem Umfeld der Stiftung Familienunternehmen berichten erstmals und anonym, wie die Organisation arbeitet, welches Image sie nutzt und warum selbst Menschen aus reichen Unternehmerfamilien diese Form der Einflussnahme kritisch sehen.

<https://www.finanzwende.de>





Positionspapier für eine gerechte Erbschaft- und Schenkungsteuer

Erbschaftsteuer reformieren – für Gerechtigkeit, Demokratie und eine zukunftsfähige Wirtschaft

Vermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt – das gefährdet den sozialen Zusammenhalt und hemmt wirtschaftliche Dynamik. Eine gerechte Erbschaftsteuer kann dem entgegenwirken und Chancengerechtigkeit fördern. Doch in ihrer derzeitigen Ausgestaltung verschenkt sie ihr Umverteilungspotential: Das reichste Zehntel der Bevölkerung erhält rund die Hälfte des gesamten Erbvermögens. Während kleinere Erbschaften oberhalb der Freibeträge stärker besteuert werden, zahlen Multimillionen- und Milliardenvermögen dank zahlreicher Steuerprivilegien und Gestaltungsmöglichkeiten, vor allem für Unternehmensvermögen, nur einen Bruchteil.

So wird das Leistungsfähigkeitsprinzip ausgehöhlt und die Umverteilungswirkung der Steuer in Bezug auf besonders große Vermögen ins Gegenteil verkehrt. Zudem führen die Privilegien zu massiven Steuerausfällen: Seit der Reform 2009 sind der Allgemeinheit dadurch fast 90 Milliarden Euro entgangen.

Für eine gerechte und demokratische Zukunft

Der weitreichende Einfluss großer Vermögen auf die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft muss begrenzt werden, weil er demokratieschädlich ist. Wenn wenige Familien über Generationen hinweg immer größeren Reichtum und Einfluss vererben und konzentrieren, gefährdet das die demokratische Gesellschaft. Eine gerechte Erbschaftsteuer schützt unsere Demokratie. Sie stärkt die Chancengerechtigkeit und schafft Spielräume für Investitionen in Bildung, Klima und soziale Infrastruktur.

Für eine zukunftsfähige und innovative Wirtschaft, gegen dynastische Erstarrung

Eine gerechte Erbschaftsteuer ist nicht nur verteilungspolitisch notwendig – sie ist auch wirtschaftlich sinnvoll. Denn das derzeitige System schützt nicht Unternehmertum, sondern pauschal privates Eigentum in den Händen einer kleinen Minderheit. Es bevorzugt dynastische Vermögen statt Innovation und Leistung. Wer große Vermögen erbt, erhält strukturell Vorteile ohne eigenes Zutun – und wird durch zusätzliche Steuerprivilegien gegenüber Nicht-Erbenden weiter bevorzugt. Eine faire Erbschaftsteuer stärkt Chancengerechtigkeit in der Wirtschaft, fördert damit echtes Unternehmertum und stärkt dadurch wirtschaftliche Dynamik und Innovation.

Unsere zentralen Forderungen

1. Große Erbvermögen müssen stärker besteuert werden als kleinere steuerpflichtige Erbschaften, und die Erbschaftsteuer muss insgesamt einen größeren Beitrag zum Steueraufkommen leisten. Dafür sind die weitgehenden Steuerbefreiungen für Unternehmensvermögen zu beseitigen.
2. Bei Bedarf sollte eine Streckung der Steuerschuld über lange Zeiträume möglich sein. Dann kann die Steuer aus laufenden Erträgen aus der Erbschaft gezahlt werden. Zudem sollte eine Umwandlung der Steuerschuld in öffentliche Unternehmensbeteiligungen möglich sein, um unfreiwillige Unternehmensverkäufe durch die Erben auszuschließen.

Dieses Positionspapier stellt die Position des Netzwerk Steuergerechtigkeit dar.

Mitglieder des Netzwerk Steuergerechtigkeit sind die folgenden Organisationen:



**fair
childhood**
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

**Wir bilden die Zukunft -
Wer, wenn nicht wir?**



Tax the Rich

Demokratie geht nur gerecht

Überreiche machen unseren Planeten und unsere Demokratie kaputt. Zeit, dass wir uns wehren! Wir haben fast 70.000 Unterschriften für die Vermögensteuer gesammelt und im Petitionsausschuss des Bundestages gesprochen. Und wir machen weiter!

Hier findet ihr alles zu unserer Kampagne für eine echte Besteuerung der Überreichen:

<https://www.attac.de/kampagnen/tax-the-rich/kampagne-tax-the-rich>

Milliardäre

Die reichsten Deutschen

Katharina Buchholz

01.06.2026

Dieter Schwarz ist der reichste Deutsche. Der Eigentümer der Schwarz-Gruppe, zu der Lidl und Kaufland gehören, besitzt laut Forbes ein Vermögen von schätzungsweise 52,7 Milliarden Euro und löst damit Klaus-Michael Kühne, den Erben des Logistik-Imperiums Kühne und Nagel und bisherigen deutschen Spitzenreiter, ab. Dieser bringt es auf ein Vermögen von rund 34,3 Milliarden Euro.

Die Unternehmenserben von Aldi Süd, Beate Heister und Karl Albrecht Junior, sind in den vergangenen drei Jahren auf die Plätze 9 und 10 abgerutscht. Ihr gemeinsames Vermögen wird mit etwa 30 Milliarden Euro beziffert, was Platz 3 entsprechen würde. Direkt dahinter auf Platz 11 folgt Aldi-Nord-Erbe Theo Albrecht Junior.

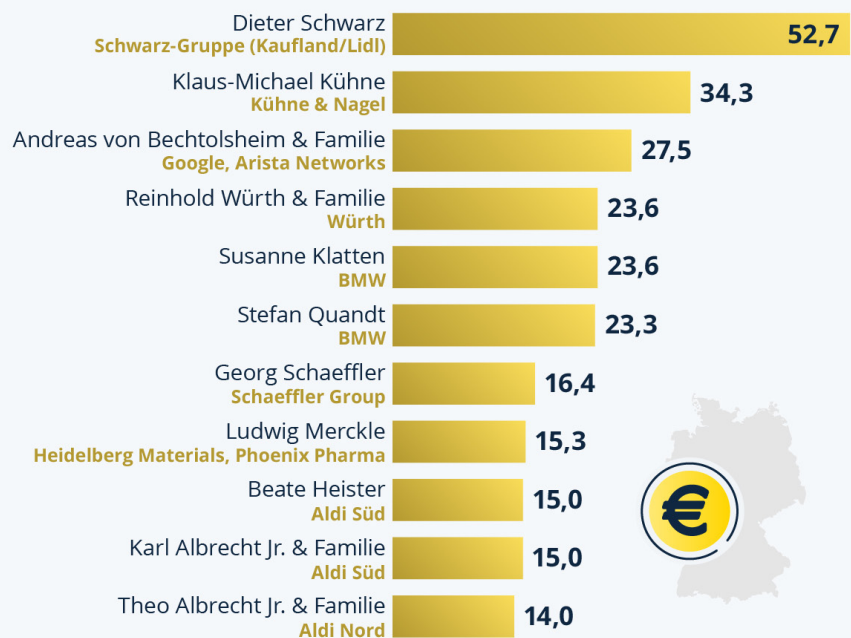
Aufsteiger auf der Liste sind Andreas von Bechtolsheim, ein Tech-Pionier im Silicon Valley und Besitzer eines frühen Anteils an Google, sowie Ludwig Merckle, der die Baumaterial- und Pharmafirmen seines Vaters nach dessen Selbstmord sanierte. Auch das Vermögen von Autoteile-Imperium-Erben Georg Schaeffler wuchs 2025 stark an.

International können sich die deutschen Milliardäre jedoch nicht mit den Reichsten der Welt messen. Elon Musk ist momentan der wohlhabendste Mensch der Welt mit unvorstellbaren 721 Milliarden Euro – sein Vermögen ist damit fast drei Mal größer als das aller Personen in dieser Grafik zusammengenommen.

Quelle: <https://de.statista.com/infografik/24894/die-reichsten-deutschen>

Die reichsten Deutschen

Geschätztes Vermögen deutscher Milliardär:innen
(in Mrd. Euro)*



* umgerechnet von USD in EUR
Stand: 28.05.2026
Quelle: Forbes



statista

<https://de.statista.com/infografik/24894/die-reichsten-deutschen>

Warum vom Frieden die Rede sein muss

Auf Einladung von Heide Rosenow und Gaby Uthmann für die GEW-Senior*innen im KV Osnabrück Stadt fand am 25. Juni 2026 im Gewerkschaftshaus eine Veranstaltung zum Thema „Der bedrohte Frieden und seine Chance“ mit anschließendem Frühstück statt. Als Referenten zu diesem hochaktuellen Thema konnte unser GEW-Mitglied Prof. Dr. Rolf Wortmann gewonnen werden. Der mittlerweile emeritierte Hochschullehrer lehrte von 1998 bis 2022 an der hiesigen Hochschule Politikwissenschaft. Außen- und Sicherheitspolitik, Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik waren u.a. seine Schwerpunkte. Gegenwärtig schreibt er regelmäßig Analysen zu politischen und gesellschaftlichen Themen in der Online-Zeitung „**Osnabrücker Rundschau**“.

In seinem Einführungsstatement erklärte Wortmann, dass wir gegenwärtig die Zeitzeugen eines epochalen Umbruchs in der Weltpolitik sind, der noch tiefgreifender als das Ende des Kalten Krieges 1989/90 ist. Einerseits sei durch Putins Angriffskrieg Europa keine Insel des Friedens mehr, was eigentlich schon mit dem Jugoslawienkrieg nicht mehr stimmte. Gegenwärtig komme aber nicht nur der Nahost- und Irankrieg hinzu, sondern in der zweiten Amtsperiode von Donald Trump erleben wir zugleich den Zusammenbruch des „normativen Westens“ und eine politische Erschütterung des wesentlichen Pfeilers der europäischen Sicherheitsordnung, dem transatlantischen Bündnis und damit eine Identitätskrise der Nato, wenn nicht gar die Aufkündigung der Werte- und Sicherheitspartnerschaft durch die USA.

Aber selbst mit diesen unmittelbaren Veränderungen ist die Dramatik des Wandels noch nicht hinreichend erfasst. Wir erleben gerade eine grundlegende Veränderung der Weltordnung, die sich nur beschreiben lässt als das Ende der amerikanischen Hegemonie, aber mit keiner erkennbaren Neuordnung. Wir befinden uns in einer Welt ohne Ordnung, eine Leerstelle, die von verschiedenen Mächten und Machtinteressen verschieden gefüllt wird. Wer sich hier mit welchem Neuordnungskonzept durchsetzen wird, ist



Foto: privat

zwar offen, aber es wird eine Zeit erhöhter Instabilität werden, wo die Gefahren gewaltförmiger Konfliktlösungen zunehmen. Der Krieg hat mehr Zukunft als der Friede. So viele Unwägbarkeiten die Zukunft auch mit sich bringt, einige Entwicklungen können als gesichert gelten, die für uns als Europäer schwerwiegende Folgen haben werden. Trumps Abkehr von einer durch das Völkerrecht definierten regelbasierten Weltordnung, deren institutionelle Verkörperung die UNO ist und die Fokussierung auf den Pazifik mit China als zentrale Herausforderung der amerikanischen Weltmacht ist nicht eine Marotte eines Verrückten. Sie entspricht einer geopolitischen Machtverlagerung.

Seit Beginn der Neuzeit im 16. Jahrhundert wanderte ausgehend vom Mittelmeer der Schwerpunkt der Weltpolitik im Verbund mit der Wirtschaftsmacht und dem Handel in die Sphäre des Atlantiks. Dessen Kontrolle erfolgte umfassend zunächst durch die britische Seemacht, der dann nach dem Zweiten Weltkrieg definitiv die USA folgten. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Aufstieg Chinas zur neuen Wirtschaftsmacht und damit zum Hauptkonkurrenten der USA verlagert sich der Schwerpunkt des Weltgeschehens ökonomisch wie politisch auf den Pazifik. Diesem Imperativ folgt die US-Außenpolitik unabhängig davon, ob die Republikaner oder Demokraten regieren werden.

Diese Verschiebung des Machtzentrums hat für Europa weitreichende Folgen. Es entschwindet

vollends aus dem Zentrum der Weltpolitik in eine Randlage, wo es nur noch Zuschauer des zentralen Weltgeschehens ist und für seine Sicherheit alleine sorgen muss. Für den „großen Bruder“ Amerika sind Europa wie auch Russland nur noch irrelevante „Regionalmächte“.

Damit kommen auf Europa neue zusätzliche Herausforderungen zu. Es bedarf einer Vertiefung der europäischen Integration, denn nur ein einheitlich auftretendes starkes Europa wird an einer neuen Weltordnung überhaupt mitwirken können, wenn es mit einer Stimme spricht und sich neue Partner für die erhaltenswerte Idee einer regelbasierten Ordnung gewinnen will. Dabei ist es keinesfalls so, dass die formell bestehende Ordnung nicht einer gründlichen Überprüfung bedarf. Die Unzufriedenheit damit vor allem in den Ländern des „globalen Süden“ ist Europas Chance, bei der Bereitschaft hier die Macht neu zu verteilen, neue Verbündete zu finden.

Wer hier sogleich die Klage anstimmt, mit Blick auf den Realzustand der EU sei man davon weiter denn je entfernt, wird zwar kaum Widerspruch ernten. Aber das muss und kann auch nicht das letzte Wort sein, wenn politisches Handeln nicht in der Fortsetzung des jeweils gerade „Realistischen“ verharren soll. Hier ist Weitsicht und poli-

tischer Mut erforderlich und eine Idee eines Europas in einer künftigen Weltordnung. Erforderlich wäre dafür vielleicht vor allem ein anderer Typus von Politikerin bzw. Politiker.

In der regen anschließenden Aussprache und Diskussion wurden dann noch etliche Fragen erörtert, die sich auf die Motive Putins für den Krieg gegen die Ukraine, die Chancen seiner Beendigung, den Möglichkeiten eines friedlichen Miteinanders von EU und Russland sowie der Notwendigkeit der „Kriegstüchtigkeit“ und die Überwindung der Autokratien und ihrer Anhänger bezogen. Alle Versuche seitens des Referenten, darauf Antworten zu geben, hier auch nur andeutungsweise zu referieren, würden den Rahmen sprengen.

Gemeinsame Erkenntnis war aber, dass die Einheit und Bedeutung Europas gestärkt und deutlich gemacht werden müsse, dass die AfD wie andere rechte Gruppierungen genau das nicht wollen, sondern im Gegenteil. Sie wollen die angeblichen nationalen Interessen verabsolutieren und schaden damit allen. Skepsis besteht dagegen, ob die Verabsolutierung des Militärischen durch die „Mitte“ der einzig richtige Weg sei. Hier wurde dem Faktor Diplomatie mehr Bedeutung zugebilligt.

Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht!

Die GEW ist eine **Mitmachgewerkschaft**. Die tägliche Arbeit als Interessenvertretung in den Personalräten und gegenüber der Politik und anderen Verbänden kann für alle Kolleginnen und Kollegen nur dann wirkungsvoll geleistet werden, wenn wir auch personell eine starke Gewerkschaft sind. Es ist deshalb im Interesse aller Beschäftigten im Bildungsbereich wichtig, dass wir neue Mitglieder werben und sich viele Mitglieder an der ehrenamtlichen Arbeit in unserem Kreisvorstand der GEW vor Ort aktiv beteiligen.

Deshalb unsere Bitte: **Werdet aktiv!** Interessierte Kolleginnen und Kollegen melden sich bitte telefonisch: 0541/259620 oder per Mail: gew-osnabrueck@t-online.de

MAKROSKOP

<https://makroskop.eu>

- **Martin Sonneborn:** Merz & Klingbeil hassen Sie! Demokratieverständnis wie Kim Jong-un? Schwarz-Rot beschneidet Bürgerrechte, verbietet Enteignungen und schafft die Informationsfreiheit ab. Jeder dritte Steuereuro fließt in Panzer – auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.
- **Hans-Peter:** Roll Aufschwung unter Vorbehalt
- **Günter Eder:** Wie das Rentenniveau auch ohne Kapitalrente halten kann

Wer kennt das Rothaus-Tannenzäpfle?
Vortrag von Stefan Ruppaner, Schulreformer,
am 6. Mai 2026 in der Lagerhalle Osnabrück
 Bernd Glösenkamp*

Zwei Besucher melden sich. „Immerhin!“ freut sich Stefan Ruppaner, heutiger Gast beim AUSTAUSCH von SCHULPROFIS in der Lagerhalle Osnabrück. Stefan Ruppaner hat mit seinem Kollegium eine sterbende Hauptschule ab 2004 zur bundesweit bekannten „Vorzeigeschule“ entwickelt.

Der Grundsatz der Alemannenschule: *Unterricht ist aller Übel Anfang!*

„Wir haben das Lernen in die Verantwortung der Schülerinnen und Schüler gelegt. Lehrkräfte haben jetzt endlich Zeit für die individuelle Unterstützung!“ berichtet Stefan Ruppaner.

Die Änderungen:

- Individuelles Lernen im ruhigen LERNBÜRO vertreibt die Langeweile im Unterricht.
- Kurze INPUT-PHASEN legen die Wissensgrundlage für alle.
- Ein Tablet ist die Grundlage von digitalem Lernen und Schüler-Lehrkraft-Eltern-Kommunikation.

Ganz wichtig: Ein regelmäßiges „COACHING“ für jede Schülerin und jeden Schüler. „Wie geht es dir? Wie kommst du mit deinen Lernzielen voran? Wo kann ich dir helfen?“ Die Lehrkraft hat Zeit. Jede Woche. Für jeden ihrer 15 „Coachees“. Unmöglich im Stress einer normalen Schule.

Im Jahr 2009 erfolgte die Bestätigung dieses Konzeptes: Ein überragendes Abitur in der Alemannenschule mit der Durchschnittsnote 1,7. Der Landesdurchschnitt in Baden-Württemberg beträgt 2,1.

„Gibt es noch Fragen?“ Stefan Ruppaner blickt



Foto: privat

in die nachdenklichen Gesichter der Anwesenden. „Was sind die ersten Schritte einer Veränderung?“ Stefan Ruppaner erläutert die grundlegende Veränderung der „Haltung“ bei Lehrkräften als wesentliches Merkmal für Veränderungen. Engagierte Lehrkräfte müssen die Entwicklung einer Schule aktiv mittragen. Eine große Aufgabe.

Im überfüllten Spitzboden spitzen viele interessierte Lehrkräfte ihre Ohren. Sie stehen in den Startlöchern für Veränderungen. Stefan Ruppaner macht ihnen Mut mit seinen Erfahrungen.

Vertreter der Friedensschule Osnabrück lehnen sich zurück. Die Bosch-Stiftung hat die Friedensschule 2025 in Berlin beim Deutschen Schulpreis ausgezeichnet. Sie wurde als eine der 15 besten Schulen in Deutschland ausgezeichnet. Das Konzept der Alemannenschule hat sich auch in Osnabrück bewährt.

Stefan Ruppaner beendet den Abend im Spitzboden versöhnlich. „Das Osnabrücker Bier schmeckt auch ganz gut!“

* Bernd ist Mitglied des Vorbereitungsteams „AUSTAUSCH für SCHULPROFIS“

	ich weiß bescheid ich bin für #klimaschutz ich gestalte mit www.klimalab-os.net		Klima Lab.os Paul Samuel Weißheim - Klasse 4b Grundschule am Schölerberg
--	---	--	---

*Kampf um den passenden Schulplatz***Analyse der Schulplatzsituation in Osnabrück für das Schuljahr 2026/2027**

Henrik Peitsch

Zahlen sind in der Politik oft nur Mittel zum Zweck. Doch die aktuelle Statistik der Stadt vom 12. Mai 2026 ist mehr als eine bloße Aufzählung – sie ist ein Spiegelbild der Bildungschancen in Osnabrück. Wer die Daten analysiert, erkennt schnell: Der Zugang zu Bildung ist in dieser Stadt nicht für alle gleich.

Die neuesten Schulstatistiken der Stadt offenbaren ein besorgniserregendes Bild: Kapazitätsengpässe, mangelhafte Busverbindungen und eine undurchsichtige Praxis bei Abschlüssen gefährden das Recht auf Bildung. Während die Politik von strategischen Zielen spricht, bleibt die Realität für viele Familien ein Kampf um den passenden Schulplatz.

Die bittere Bilanz der Anmeldungen

Für das Schuljahr 2026/2027 zeigt sich ein deutliches Defizit an Kapazitäten. Von insgesamt 1.950 Anmeldungen für weiterführende Schulen wurden nur 1.755 positiv beschieden. Das bedeutet im Klartext: Fast 200 Schülerinnen und Schüler mussten eine Absage ihrer Wunschschule hinnehmen und sich mühsam nach Alternativen umsehen.

Oberschulen

Besonders deutlich wird der Druck an den Oberschulen (OBS). Von 614 Anmeldungen wurden 66 abgelehnt. Ein Blick auf die Trägerschaften zeigt eine Diskrepanz: Während die städtischen Schulen nur wenige Ablehnungen (2) erteilten, waren die Absagen an den kirchlichen Schulen – der Domschule und der Thomas-Morus-Schule – massiv – siehe Tabelle 1.

Gymnasien und Gesamtschulen

Bei den Gymnasien lag das Gymnasium in der Wüste mit 180 Anmeldungen an der Spitze, 30 waren nicht erfolgreich (siehe Tabelle 2). Insgesamt erfolgten 67 Ablehnungen. Auffallend ist, dass das Carolinum, das Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium und das Ratsgymnasium alle angemeldeten Bewerber*innen aufgenommen haben – siehe Tabelle 2.

Insgesamt bewarben sich 273 (von 944) Schüler*innen aus dem Landkreis bei den sieben Gymnasien der Stadt an. Bei den Gesamtschulen waren es 43 – IGS 27, GSS 16.

Auch an den Gesamtschulen reichten die Plätze nicht: In der IGS Eversburg und der Gesamtschule Schinkel mussten insgesamt 62 Bewerber abgelehnt werden.

Inklusion – In der Friedensstadt ein Projekt weniger ‚Williger‘

Die Beschulung von Kindern mit Beeinträchtigung findet in den Gymnasien kaum statt. Auffallend ist, dass die Schulen in der Trägerschaft der Schulstiftung im Bistum Osnabrück nach den vorliegenden Daten in diesem Schuljahr keine Schüler*innen mit inklusivem Förderbedarf aufgenommen haben.

Wenn der Bus über die Bildung entscheidet

Doch die Statistik verschweigt eine noch größere Hürde: die Erreichbarkeit. Viele Eltern berichten, dass die theoretische Wahlfreiheit zwischen Gymnasium, Oberschule und Gesamtschule in der Praxis eine Illusion ist. Wer im südlichen Stadtgebiet wohnt, scheitert oft an den mangelhaften Busverbindungen. Wenn der Weg zur Gesamtschule unzumutbar lang ist, entscheiden nicht die pädagogischen Vorlieben der Eltern oder die Talente der Kinder, sondern die Fahrpläne der Verkehrsbetriebe über die Schulform.

Das ‚Verschwinden‘ der Absteiger

Ein besonders kritischer Punkt ist die sogenannte Durchlässigkeit des Systems. In Osnabrück gibt es ein beunruhigendes Datenvakuum: Genaue Zahlen zu Abschlüssen – also Schülern, die eine Schulform aufgrund mangelnder Leistungen verlassen müssen – werden weder von

Anmeldungen Oberschulen

Oberschulen	Anmeldungen	Landkreis	Ablehnungen	Davon Zahl der Kinder, die inklusiv beschult werden
OBS Friedensschule	63	8	2	12
OBS am Sonnenhügel	83	2	0	14
Bertha-von-Suttner-Oberschule	90	9	0	12
Erich-Maria-Remarque-Oberschule	60	4	0	9
Domschule*	177	72	34	0
Thomas-Morus-Oberschule*	141	69	30	0
Gesamt	614	164	66	47

Tabelle 1 – *Oberschulen in Trägerschaft der Schulstiftung im Bistum Osnabrück

Anmeldungen Gymnasien

Gymnasium	Anmeldungen	Landkreis	Ablehnungen	Davon Zahl der Kinder, die inklusiv beschult werden
Angelaschule*	133	74	10	0
Carolinum	139	41	0	0
Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium	92	9	0	1
Graf-Stauffenberg-Gymnasium	131	0	17	4
Gymnasium in der Wüste	180	47	30	1
Ratsgymnasium	146	46	0	1
Ursulaschule*	123	56	10	0
Gesamt	944	273	67	7

Tabelle 2 – *Gymnasien in Trägerschaft der Schulstiftung im Bistum Osnabrück

der Stadt noch vom Regionalen Landesamt für Schule und Bildung veröffentlicht.

Die Folgen dieses *blinden Flecks* wurden bei einer internen Verteilerkonferenz am 9. März 2026 deutlich. Dort wurde bekannt, dass zugezogene und zugewanderte Kinder sowie solche, die vom Gymnasium abgeschult wurden, teilweise monatelang auf einen neuen Schulplatz warten mussten. Besonders prekär ist die Lage für Schülerinnen und Schüler aus Sprachlernklassen, für die der Übergang an eine Ober- oder Gesamtschule oft hürdenreich und schlecht koordiniert verläuft.

Es liegen jedoch landesweite Daten bis 2025 vor – siehe Tabelle 3. Die Zahlen für das Schuljahr 2025/2026 sind noch nicht veröffentlicht.

Auffallend sind die geringen Veränderungen zwischen 2024 und 2025 sowie die sehr hohen Anzahlen der Abschlüssen aus den Oberschulen und den Gymnasien sowie die im Vergleich zum

Gymnasium geringen Anzahlen bei den Gesamtschulen (IGS). Bezogen auf die Gesamtzahl der Schüler*innen erscheinen die Abschlüssen sehr gering. Hinter jeder Zahl verbergen sich aber Einzelschicksale, die sich auf die Schulkarriere und die psychische Entwicklungsbiografie der betroffenen Kinder negativ auswirken. An dieser Stelle soll der Hinweis auf diesen *Misstand* der Schulstruktur und der Bildungspraxis genügen. Die politisch Verantwortlichen, die sehr häufig von der Notwendigkeit von Bildung *reden*, sollten diese Entwicklungen zum Anlass nehmen, endlich sich auch für eine gerechtere Bildungspraxis in der Stadt einzusetzen.

Forderungen an die Politik

Hinter jeder Ablehnung und jeder Wartezeit verbirgt sich eine individuelle Biografie. Es geht hier nicht nur um die Bekämpfung eines möglichen zukünftigen Fachkräftemangels, sondern um ein grundlegendes Menschenrecht: das Recht auf

Wechsel von Schülern zwischen den Schulformen im Sekundarbereich I zum Stichtag 28.08.2025

		Schuljahrgang						insg.
		5	6	7	8	9	10	
HS	Schüler/-innen insg.	1.810	2.090	2.470	2.985	3.068	1.936	14.359
	dar. aus RS abs.	13	217	224	226	247	107	1.034
	%	0,7	10,4	9,1	7,6	8,1	5,5	7,2
	dar. aus OBS abs.	3	23	30	49	25	15	145
	%	0,2	1,1	1,2	1,6	0,8	0,8	1,0
	dar. aus Gy abs.	0	3	4	9	8	0	24
RS	Schüler/-innen insg.	7.605	7.407	7.100	7.322	7.772	7.407	44.613
	dar. aus HS abs.	0	17	19	21	24	16	97
	%	0,0	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2
	dar. aus OBS abs.	1	37	43	42	28	32	183
	%	0,0	0,5	0,6	0,6	0,4	0,4	0,4
	dar. aus Gy abs.	5	329	312	321	345	236	1.548
OBS	Schüler/-innen insg.	17.608	18.279	18.746	19.599	20.084	15.764	110.080
	dar. aus HS abs.	1	25	55	57	84	77	299
	%	0,0	0,1	0,3	0,3	0,4	0,5	0,3
	dar. aus RS abs.	2	117	146	168	165	83	681
	%	0,0	0,6	0,8	0,9	0,8	0,5	0,6
	dar. aus Gy abs.	6	400	488	418	495	315	2.122
Gy	Schüler/-innen insg.	31.219	29.625	27.012	25.960	25.023	24.192	163.031
	dar. aus HS abs.	0	2	2	0	2	2	8
	%	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	dar. aus RS abs.	0	61	51	41	23	19	195
	%	0,0	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
	dar. aus OBS abs.	2	79	68	33	26	24	232
KGS	Schüler/-innen insg.	5.542	5.394	5.296	5.565	5.801	5.318	32.916
	dar. aus HS abs.	0	18	28	22	21	12	101
	%	0,0	0,3	0,5	0,4	0,4	0,2	0,3
	dar. aus RS abs.	2	155	124	141	145	50	617
	%	0,0	2,9	2,3	2,5	2,5	0,9	1,9
	dar. aus OBS abs.	1	18	26	23	27	8	103
IGS	Schüler/-innen insg.	13.057	12.881	12.424	12.352	12.788	12.216	75.718
	dar. aus HS abs.	1	8	10	12	15	7	53
	%	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
	dar. aus RS abs.	0	41	44	51	51	23	210
	%	0,0	0,3	0,4	0,4	0,4	0,2	0,3
	dar. aus OBS abs.	1	47	53	55	46	37	239
Sek I	Schüler/-innen insg.	76.841	75.676	73.048	73.783	74.536	66.833	440.717
	dar. aus HS abs.	2	70	114	112	146	114	558
	%	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
	dar. aus RS abs.	17	591	589	627	631	282	2.737
	%	0,0	0,8	0,8	0,8	0,8	0,4	0,6
	dar. aus OBS abs.	8	204	220	202	152	116	902
Sek II	Schüler/-innen insg.	16	1.009	1.089	1.036	1.198	834	5.182
	dar. aus HS abs.	0	0	0	0	0	0	0
	%	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	dar. aus RS abs.	23	193	241	248	232	175	1.112
	%	0,0	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
	dar. aus OBS abs.	0	0	0	0	0	0	0

Tabelle 3 Abschlüsse Niedersachsen – 1) Prozentwerte bezogen auf „Schüler insg.“ 2) Ohne Freie Waldorfschulen
Quelle: <https://www.mk.niedersachsen.de>

Bildung.

Der nach den Kommunalwahlen im September neu zu besetzende Sport- und Schulausschuss sollte vorrangig folgende Maßnahmen auf den Weg bringen:

- **Transparenz:** Die Stadt muss die Zahl der Abschlüsse an Gymnasien endlich veröffentlichen.
- **Bedarfsanalyse:** Es bedarf einer Befragung der Eltern an Grundschulen im Süden der Stadt, um den tatsächlichen Bedarf an besser erreichbaren Gesamtschulplätzen zu ermitteln. Osnabrück benötigt eine dritte Gesamtschule!
- **Echtzeit-Daten:** Alle Schulen müssen ihre freien Kapazitäten pro Jahrgangsstufe zeitnah an die Verwaltung melden, um Wartezeiten wie im aktuellen Jahr zu vermeiden.

Es bleibt zu hoffen, dass die politischen Verantwortlichen die Statistiken nicht als bloße Zahlen abtun, sondern als Weckruf verstehen, sich endlich auch für eine gerechtere Bildungspraxis in Osnabrück einzusetzen.



Hans Böckler
Stiftung 

Termine

DGB - Region Weser-Ems

Samstag, 26. September: *Hart verdient! Kundgebungen gegen Kürzungen am Sozialstaat*

Ort: Groß-Demo in Bremen

Informationen zu Abfahrtszeiten von Osnabrück sind in Vorbereitung

Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften

Montag, 31. August 2026, 17:45 - 20:15 Uhr: *Armut ist weiblich ... und sie hat Kinder!*

Ort: Haus der Jugend, Kleiner Saal

Informationen und Anmeldung: <https://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de>

Dienstag, 17. November 2026, 18:00 Uhr: *Autoritäre Rebellion: Wie antimoderne Reflexe breite Schichten der Gesellschaft erfassen und sie immer weiter nach rechts rücken*

Ort: Online

Informationen und Anmeldung: <https://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de>

GEW KV Osnabrück-Stadt

Samstag, 29. August 2026, 10:00 - 15:00 Uhr: *Info-Stand zur Kommunalwahl*

Ort: Großen Straße – Nähe L+T

Mittwoch, 25. November, 15:00 Uhr, bis Freitag, 27. November 2026, 16:00 Uhr:

50 plus - Schaffe ich die Schule oder schafft sie mich?

Ort: Katholische Akademie Stapelfeld, Stapelfelder Kirchstraße 13, 49661 Cloppenburg

Informationen und Anmeldung: www.os-stadt.gewweserems.de

Unsere Jubilare 2026

60 Jahre

Lilli Homfeld

50 Jahre

Irmtraut Finken

Klaus Hallier

Jürgen Harke

Doris Kutscher

Diethard Laubach

Heide Rosenow

40 Jahre

Erich Albers

Anja Enders

Ulrich Marie Fricke

Monika Ratermann-Bömer

25 Jahre

Ina Barrenpohl

Nina Hilling-Ellermann

Hilke Kirchhübel

Rut Koop

Kerstin Lorenzen

Sonja Müller

Maria Nachtwey

Maria Vogler

Armin Wenzel

Wir bedanken uns bei allen Jubilarinnen und Jubilaren

für die langjährige Treue und Unterstützung.

Eine Gewerkschaft kann nur dann erfolgreich wirken,

wenn sie stark ist und treue Mitglieder hat.

Die Einladung für die Ehrung unserer Jubilarinnen und Jubilare erfolgt sehr zeitnah!

Die Ehrung findet am

Donnerstag, 12.11.2026 – 17:30 h

im

Best Western Hotel Hohenzollern, Theodor-Heuss-Platz 5, 49074 Osnabrück, statt!

Keine klimaneutrale Stadt ohne klimaneutrale Schulen Klimaneutrale Schulen in Osnabrück



Klimaneutralität als strategisches Ziel der Stadt

Bis spätestens 2040 will die Stadt gesamtstädtisch und auch mit der eigenen Kommunalverwaltung Klimaneutralität erreichen.

Im Juni 2024 hat der Rat der Stadt Osnabrück den entsprechenden Beschluss gefasst (siehe Beschlussvorlage VO/2024/2828 und VO/2024/2828-01).

Die Schulen haben hier eine besondere Verantwortung. Klimaschutz ist ein zentraler Bestandteil der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

Die „Pädagogische Energieberatung“ unterstützt die Schulen bei den Bestrebungen, die Emissionen zu reduzieren. Sie kooperiert mit dem Projekt „Klimaneutrale Schule“. Partner ist die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KENA). Der Prozess ist in Abbildung 1 dargestellt.

Mit dem CO₂-Rechner von Greenpeace (s. Abbildung 2) können die teilnehmenden Schulen aufgrund der Verbrauchsdaten die CO₂-Emissionen der Schule ermitteln. Der Rechner kann kostenlos genutzt werden.



Abbildung 1: Prozess zur klimaneutralen Schule

Der „Schools for Earth“-Klimarechner von Greenpeace e.V.
Anmelden

Willkommen zum „Schools for Earth“-Klimarechner für Schulen und Kitas

Greenpeace und das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) haben mit Unterstützung von bundesweit 15 Pilotschulen diesen Klimarechner konzipiert, den Sie kostenlos nutzen können, um eine Klimabilanz Ihrer Schule oder Kita zu erstellen.

Zu wissen, aus welchen Bereichen die Treibhausgas-Emissionen Ihrer Schule oder Kita stammen und welchen Anteil sie an der CO₂-Gesamtbilanz haben, ist eine wichtige Grundlage, um geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Dazu fragt der „Schools for Earth“-Klimarechner Ihre schul- oder kitaspezifischen Daten aus den Bereichen Strom, Wärme, Abfall, Wasser, Mobilität, Verpflegung und Beschaffung ab. Als Ergebnis erhalten Sie nicht nur Zahlen, sondern automatisch auch übersichtliche Grafiken - von den Teilbereichen bis zur Gesamtbilanz. Auch in den folgenden Jahren können Sie in Ihrem Schul- oder Kita-Account weitere Klimabilanzen anlegen und so die Wirkung Ihrer Klimaschutzmaßnahmen für die ganze Schul- oder Kitagemeinschaft sichtbar machen.

„Schools for Earth“ ist ein Schulentwicklungsprojekt von Greenpeace, mit dem sich Schulen auf den Weg Richtung Klimaneutralität und Nachhaltigkeit machen. Aufgrund des großen Interesses von Kitas an der Nutzung des „Schools for Earth“-Klimarechners, haben wir diesen in Zusammenarbeit mit dem „Klima Kita Netzwerk“ für die Bilanzierung von Kitas angepasst. Mehr Informationen und mehr kostenlose Schulmaterialien finden Sie unter <https://www.greenpeace.de/schoolsforearth>. Weitere Informationen für Kitas finden Sie unter: <https://klima-kita-netzwerk.de>.

1 Account anlegen

Los geht's! Legen Sie einen Account im „Schools for Earth“-Klimarechner an und starten Sie gleich mit der Bilanzierung Ihrer Schule oder Kita durch! Laden Sie auch weitere Mitstreiterinnen Ihrer Schule oder Kita ein und tragen Sie gemeinsam die Bilanzierungsdaten Ihrer Schule oder Kita zusammen. Natürlich gehören Ihre Schul- oder Kitadaten Ihnen und werden von Greenpeace nicht an Dritte weitergegeben.

2 Werte eintragen

Auf in die Welt der Zahlen! Aus den Verbrauchsdaten von Strom, Wärme, Wasser und weiteren Informationen, zum Beispiel über die Schul- oder Bring- und Abholwege, wird der CO₂-Fußabdruck Ihrer Schule oder Kita ermittelt. Mit den Stammdaten werden auch Daten wie die Gebäudefläche, das Baujahr oder die Anzahl der Schülerinnen abgefragt - diese helfen später bei der Ergebnisinterpretation.

3 Bilanz erhalten

Geschafft! Sobald die Werte eingetragen sind, sehen Sie die Emissionsmenge Ihrer Schule oder Kita in einer Zahl, sowie aufgeschlüsselt in Emissionsbereiche. Dazu liefert der „Schools for Earth“-Klimarechner eine grafisch aufbereitete Präsentation, mit der Sie gemeinsam Handlungsfelder für mehr Klimaschutz an Ihrer Schule oder Kita planen und sich eigene Klimaziele setzen können.

[Zur Registrierung](#)

Abbildung 2: School for Earth – CO₂-Rechner

Kontakt: www.klimalab-os.net

Mail: energiesparen@klimalab-os.net

Klima
Lab.os

Professor Aladdin El-Mafalani im Gespräch mit OSRadio 104,8

Unsere Schulen sind zu großen Teilen marode und damit meine ich nicht nur viele der Gebäude, sondern das ganze System. Untersuchungen zeigen schlechte Leistungen in Mathe, Defizite beim Lesen und Schreiben, dazu Lehrkraftmangel und ungleiche Bildungschancen. Das sind alles bekannte Probleme. Man kann sagen, die Liste der Herausforderungen ist lang. Das hat sich auch bei einer Diskussionsveranstaltung in Osnabrück gezeigt. Mit dabei war der bekannte Soziologe und Bildungsforscher Aladdin El-Mafalani. Der frühere Professor der Universität Osnabrück lehrt heute an der TU Dortmund und setzt sich dafür ein, nicht nur auf große Reformen aus Berlin oder Hannover zu warten, sondern vor Ort in den Kommunen konkrete Veränderungen anzustoßen.



Foto: AkrimF - CC BY-SA 4.0

Aladdin El-Mafalani: Da gibt es eine ganze Menge, was man tun kann, die Vernetzungsarbeit verschiedener pädagogischer Berufsgruppen und Institutionen muss vor Ort geschehen. Das kann man nicht von der Landeshauptstadt aus machen. Die Art und Weise, wie man Ehrenamt einbindet und qualifiziert, das müsste ohnehin von der Kommune koordiniert werden. Und dann gibt es auch noch ganz viele Sachen drumherum. Also, ich verstehe Bildungspolitik auch umfassender im Hinblick auf Gesundheit von Kindern, Ernährung, kulturelle Angebote, sportliche Angebote. Jede Stadt hat ihre eigenen Baustellen und die muss man vor Ort bearbeiten können.

Und vor Ort sollte man eben genau hinschauen. Wo liegen denn die Probleme und was hält Kinder und Jugendliche davon ab, erfolgreich zu lernen? Natürlich ist auch dem Forscher klar, dass besonders die engagierten Lehrkräfte schon heute an ihrer Belastungsgrenze arbeiten. Aber für Verbesserung sei eben Veränderung nötig.

Aladdin El-Mafalani: Dieser Veränderungsprozess, den man jetzt anstoßen muss, der führt zu Dynamik und auch zu Stress, klar. Aber das Ziel ist ja eigentlich, dass das System besser funktioniert und dass es eigentlich auf Sicht zu einer Entlastung kommt. Wir reden ja über ein System, das gerade nicht funktioniert. Wir verändern ja nicht einen guten Status quo, sondern versuchen, aus einem System, das sich tatsächlich im Absinken befindet. Wir müssen schauen, wie man aus verschiedenen Perspektiven in der Kooperation mit verschiedenen Akteuren die Dinge, die gut funktionieren, erhält und die Dinge, die nicht so gut funktionieren, müssen durch einen organisationalen und vernetzungsmäßigen Wandel verändert werden.

Ein entscheidender Baustein ist für Professor El-Mafalani schon heute klar. Schulen, Jugendhilfe, Vereine und alle Bildungseinrichtungen müssen vor Ort deutlich enger zusammenarbeiten und sich besser vernetzen. Seine Forschung richtet sich auf Schulen, bei denen es schon jetzt funktioniert.

Aladdin El-Mafalani: In ganz Deutschland analysieren wir, beobachten und besuchen Schulen, in denen Dinge ganz gut laufen. Das sind leider keine Massenphänomene, aber wenn man sich anschaut, also wann laufen Dinge eigentlich gut, kann ich einfach nur berichten, dass das Schulen sind, die sind völlig vernetzt mit der gesamten Umgebung. Die haben ihre ganze Personalentwicklung und Organisationsentwicklung, Schulentwicklung darauf abgestimmt und die haben eigentlich mehr Bezüge zur Kommune, also zur Stadt zum Beispiel und zu Akteuren. Das sind viel wichtigere Bezugspunkte für sie in ihrer Praxis als das Schulministerium.

Das Fazit von Aladdin El-Mafalani: Nicht darauf warten, dass irgendwann die großen Reformen kommen, sondern schon jetzt vor Ort handeln. Städte und Gemeinden könnten deutlich mehr tun, um das Bildungsangebot vor Ort zu verbessern und zu vernetzen. Denn dadurch hätten Kinder bessere Bildungschancen. Nach seiner Ansicht ist das derzeitige System weder für die Schüler und Schülerinnen noch für die Lehrkräfte optimal. Und ich glaube, diese Einschätzung werden viele unterschreiben können.

os radio
104,8

Hier kann man die Sendung nachhören!

Informationen aus dem Landesverband Niedersachsen



Klimawandel

Hitze-Sommer: Wenn Schulgebäude zu „Backöfen“ werden

09.07.2026

Die Warnungen sind eindeutig: Der globale Klimawandel ist Realität. Extreme Hitzewellen, wie die „Heat Domes“ im Mai 2026, führen bereits zu Rekordtemperaturen und Todesfällen in Europa. Auch für Niedersachsen werden künftig Höchstwerte zwischen 40 und 45 Grad wahrscheinlicher. Dies stellt die Bildungsinfrastruktur und die Gesundheit von Schülern und Lehrkräften vor massive Herausforderungen.

Das Problem: Marode Gebäude und Finanznot

Auf eine Anfrage der E&W-Redaktion reagierte das niedersächsische Kultusministerium (MK) wortreich, aber inhaltlich wenig substanziell. Zwar ist sich das Ministerium bewusst, dass Schulgebäude hitzeresistent modernisiert werden müssen. Die Verantwortung dafür liegt bei den Kommunen. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) verweist hierbei auf die „desolate Finanzlage“ der Kommunen und fordert die Wiedereinführung der Landesschulbauförderung. Da ein flächendeckender Umbau Jahrzehnte dauern könnte, ist eine kurzfristige bauliche Lösung unrealistisch.

Die Debatte um die Sommerferien

Als Alternative zur baulichen Anpassung steht die Diskussion über die Dauer und Terminierung der Sommerferien im Raum. Während in Südeuropa oder Skandinavien teilweise deutlich längere Ferienzeiten herrschen, hält das MK am aktuellen Modell fest.

Argumente des Ministeriums gegen längere Ferien:

- Lernfortschritt: Sorge vor Wissensverlust durch längere unterrichtsfreie Zeiten.
- Betreuung: Probleme für Erziehungsberechtigte bei der Kinderbetreuung.
- Rotationsprinzip: Die gestaffelten Ferienzeiten in den Bundesländern sollen Staus und eine Überlastung der touristischen Infrastruktur vermeiden.

Kritik an dieser Position:

Die Argumente des MK wirken veraltet. Wirtschaftliche Interessen der Tourismusbranche dürften nicht über dem Arbeits- und Gesundheitsschutz stehen. Zudem ist das aktuelle Rotationsprinzip problematisch: Wenn Schulen in einigen Bundesländern bereits Anfang August wieder starten, während Hitzewellen ihren Höhepunkt erreichen, führt dies zu häufigem „Hitzefrei“. Dies führt zu Unterrichtsausfall und einer erhöhten Arbeitsbelastung, um den Stoff nachzuholen.

Unzureichende Lösungsansätze

Das Ministerium verweist auf angepasste Regeln für „Hitzefrei“ und die im neuen Schulgesetz verankerte Regelung zum „Distanzlernen“. Letzteres ist jedoch bei Hitzewellen kaum zielführend, da sich auch private Wohnräume oft unerträglich aufheizen.

Lösungsvorschläge

Eine praktikable Lösung wäre eine Anpassung des Ferienkorridors: Eine Aufteilung der Bundesländer in drei Gruppen mit Startterminen zwischen dem 1. und 14. Juli. Dies würde die extremste Hitzezeit im Juli und August meiden und gleichzeitig die Länge des Schuljahres in allen Ländern angleichen – eine Forderung, die auch der Philologenverband unterstützt.

Fazit: Es ist Zeit, „alte Zöpfe abzuschneiden“. Anstatt sich hinter bürokratischen Argumenten und touristischen Erwägungen zu verstecken, muss das Kultusministerium den Gesundheitsschutz von Kindern und Beschäftigten priorisieren und die Ferienstruktur an die klimatische Realität anpassen.

Quelle: <https://www.gew-nds.de/aktuelles/detailseite/wenn-schulgebäude-zu-backöfen-werden>

Anmerkungen der Redaktion: Dieser Beitrag von Oliver Weiße, stellvertretender Pressesprecher des GEW Landesverbandes, wurde mit KI zusammengefasst, um hier abgedruckt zu werden! Wir bitten um Nachsicht!

GEW Bund – Pressemitteilung – Auszüge**GEW: „Weg mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz!“****Bildungsgewerkschaft kritisiert Kabinettsentscheidung zur Reform des Befristungsrechts**

29.07.2026

Frankfurt a. M. – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat den für heute erwarteten Beschluss des Bundeskabinetts zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) kritisiert. „Immer mehr Zeitverträge mit immer kürzeren Laufzeiten – das Hire-and-Fire-Prinzip feiert an Hochschulen und Forschungseinrichtungen fröhliche Urständ. Mit dem 2007 in Kraft getretenen WissZeitVG verfügen die Arbeitgeber über ein Instrument, mit dem sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler praktisch grenzenlos heuern und feuern können. Statt weiter an dem Gesetz herumzudoktern, sollten Regierung und Parlament jetzt reinen Tisch machen, das Arbeitsrecht in der Wissenschaft normalisieren und das Gesetz abschaffen“, fordert Andreas Keller, Vorstandsmitglied für Hochschule und Forschung der GEW.

Das WissZeitVG habe die Prinzipien des Arbeitsrechts in Hochschule und Forschung „auf den Kopf“ gestellt, erklärt Keller. „Es hat Befristung zur Regel, Dauerbeschäftigung zur Ausnahme gemacht. Vier von fünf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ohne Professur werden mit Zeitverträgen abgespeist. Die durchschnittliche Vertragslaufzeit liegt bei 18 Monaten an Universitäten und 15 Monaten an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften. Das ist nicht nur unfair gegenüber den Betroffenen, sondern unterminiert auch die Kontinuität und damit Qualität von Forschung und Lehre. Der Gesetzgeber muss daher den Arbeitgebern die Lizenz zur Dauerbefristung entziehen“, sagt Keller...

GEW: „Ganztag ohne halbe Sachen: Rechtsanspruch braucht Qualitätsgarantie“**Bildungsgewerkschaft begrüßt Start des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung**

30.07.2026

Frankfurt a. M. – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) begrüßt den am 1. August beginnenden Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder als wichtigen bildungs-, sozial- und gleichstellungspolitischen Schritt. Gleichzeitig mahnt die Bildungsgewerkschaft Bund, Länder und Kommunen, den Anspruch mit verbindlicher Qualität, qualifizierten Fachkräften und einer dauerhaft gesicherten Finanzierung zu unterlegen.

„Das ist ein Meilenstein für Kinder und Familien. Aber ein Rechtsanspruch allein ist noch kein Qualitätsversprechen“, betont Doreen Siebern, stellvertretende Vorsitzende der GEW. „Kinder dürfen im Ganztag nicht lediglich untergebracht und Beschäftigte nicht dauerhaft überlastet werden. Ganztag muss ein inklusiver und kindgerechter Lern- und Lebensort sein. Dafür braucht es qualifizierte Lehr- und Fachkräfte, gute Arbeitsbedingungen, geeignete Räume und klare Verantwortung. Ganztag gibt es nur ohne halbe Sachen.“...

GEW: „Armutszeugnis für soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen“**Bildungsgewerkschaft fordert deutliche Verbesserungen beim Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung**

20.07.2026

Frankfurt a. M. – Das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) soll seit 2011 die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher erhöhen. Nach neuesten Zahlen des Projekts „Aufwachsen in Wohlbe finden“ der Bertelsmann Stiftung erreicht das BuT viele Anspruchsberechtigte aber nicht ausreichend. Laut den Volkswirtinnen Antje Funcke und Sarah Menne ist vor allem der Teilhabebetrag für soziale und kulturelle Aktivitäten problematisch. Bundesweit erhalten ihn nur etwa 18 Prozent der 6- bis unter 15-Jährigen sowie 12 Prozent der 15- bis unter 18-Jährigen im Rechtskreis des SGB II.

„Das Bildungs- und Teilhabepaket ist gescheitert. Nicht mal zwanzig Prozent der berechtigten Kinder und Jugendlichen bekommen den monatlichen Teilhabebetrag. Ausgerechnet bei der sozialen Teilhabe, dem Herzstück des Pakets, klafft die größte Lücke. Dem Kampf der Bundesregierung gegen Kinderarmut und Chancenungleichheit ist selbst ein Armutszeugnis auszustellen“, kommentiert Anja Bensinger-Stolze, Vorstandsmitglied der GEW für Schule, die Ergebnisse...

<https://www.gew.de/presse>

Wie die Bildungspolitik der AfD in die Hände spielt

Dr. Brigitte Schumann

Die AfD will die Schulen in Thüringen von dem „Ideologeprojekt“ Inklusion befreien. In Sachsen-Anhalt will die AfD inklusive Bildung „unverzüglich“ beenden. Die etablierte Bildungspolitik in den Ländern und im Bund hat ihren Anteil daran. Ein Kommentar.

Am 6. September wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Nach den derzeitigen Umfragewerten ist die absolute Mehrheit für die AfD nicht ausgeschlossen. Während die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Juni ihren 20. Jahrestag am Sitz der Vereinten Nationen in New York unter dem Titel „From Convention to Commitment“ begeht, drängt sich hierzulande die Frage auf, wie sicher inklusive Bildung vor dem Angriff der AfD in Zukunft sein wird.

Sie ist als Menschenrecht in der UN-BRK verbrieft und diese hat seit 2009 mit der Ratifizierung durch Deutschland den Rang eines Bundesgesetzes. Außerdem ist inklusive Bildung als zentrales Nachhaltigkeitsziel in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen verankert.

Schulische Inklusion in Sachsen-Anhalt

Ein Blick in das Schulgesetz macht die Sonderstellung von Sachsen-Anhalt deutlich. Nur in diesem Bundesland gibt es noch eine gesetzlich verankerte Förderschulpflicht. In §39 heißt es: „Schülerinnen und Schüler, die einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen, sind zum Besuch einer für sie geeigneten Förderschule oder des für sie geeigneten Sonderunterrichts verpflichtet, wenn die entsprechende Förderung nicht in einer Schule einer anderen Schulform erfolgen kann.“ Dass Widerspruch und Anfechtungsklagen gegen eine Förderschulverpflichtung keine aufschiebende Wirkung haben, ist ebenfalls gesetzlich geregelt.

Damit betreibt die CDU-geführte Landesregierung offensiv eine Vorrangpolitik für die Segregation von Kindern mit Behinderungen bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf und verletzt die UN-BRK völlig ungeniert. Wie das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) ausführlich darlegt, ist Deutschland verpflichtet, schnellstmöglich ein inklusives Schulsystem aufzubauen, das



Foto: privat

Förderschulsystem schrittweise abzubauen und im Sinne des Diskriminierungsverbots den individuellen Rechtsanspruch jedes einzelnen Kindes auf inklusive Bildung sofort ohne Ressourcenvorbehalt umzusetzen.

Abgesetzte Inklusion

In Sachsen-Anhalt wird das sog. Elternwahlrecht, das in Wahrheit ein Scheinwahlrecht ist und gegen die UN-BRK verstößt, nicht nur durch den in den meisten Bundesländern üblichen Ressourcenvorbehalt eingeschränkt, sondern zusätzlich durch die bestehende Förderschulpflicht. Sie muss im Einzelfall nicht begründet werden.

Darauf konnte sich der amtierende Bildungsminister Jan Riedel berufen, als er Anfang des Jahres mitteilte, er sehe aktuell wenig Spielraum für mehr Inklusion in regulärem Unterricht. Der Fokus solle auf Förderschulen liegen. Riedel begründete dies pauschal mit Lehrermangel. „Für gelingende Inklusion braucht man einen ausreichenden Personalschlüssel und Team-Unterricht. Diese Möglichkeiten haben wir in der aktuellen Personallage aber in den allermeisten Fällen schlicht nicht.“

So einfach wird schulische Inklusion als Menschenrecht in Sachsen-Anhalt komplett ausgehebelt. Leichtes Spiel für die AfD, wenn sie in ihrem „Regierungsprogramm“ daran anknüpfend Inklusion „unverzüglich“ beenden und die Förderschulen ausbauen will. Die Landesregierung und die sie tragenden demokratischen Parteien spielen der AfD mit ihrer Bildungspolitik in die Hände.

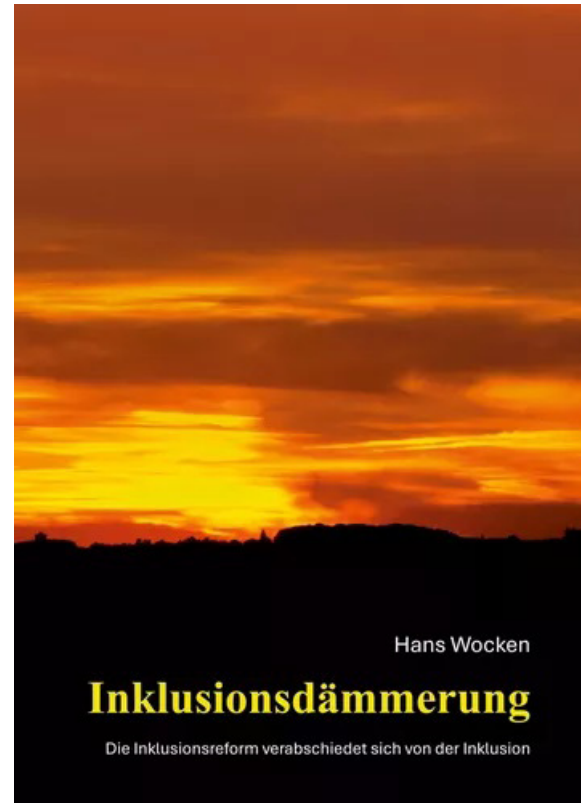
Schulische Inklusion in Deutschland

Prof. Hans Wocken hat in seiner neuen Evaluationsstudie (2026) mit dem so einprägsamen wie schonungslosen Titel „Inklusionsdämmerung“ das Fazit gezogen, dass die Inklusion in Deutschland an der Politik gescheitert ist. „Statt eines Systemwechsels etablierte Deutschland eine teure Doppelstruktur, die weder den Ansprüchen der UN-BRK noch dem Recht der betroffenen Kinder auf inklusive Bildung gerecht wird. Die primäre Reformbarriere ist nicht, wie immer wieder behauptet wird, der Mangel an hinlänglichen Ressourcen, sondern der völlig unzureichende gesellschaftliche und politische Wille.“

Der menschenrechtlich geforderte Rückbau der Förderschulen hat bundesweit nicht stattgefunden. Den explosionsartigen Anstieg der Inklusionsquoten kann Wocken nachweislich auf den „diagnostischen Überhang“ zurückführen. Darunter versteht er den maßlosen und willkürlichen Gebrauch der sonderpädagogischen Diagnostik zur Etikettierung von Grundschulkindern als „sonderpädagogisch förderbedürftig“. Das treibt die Inklusionsquoten hoch, verschleiert aber, dass die Inklusion ohne nennenswerte Beteiligung der Förderschule und ihrer Schüler:innen als „Pseudo-Inklusion“ stattfindet.

Was hat die etablierte Bildungspolitik unternommen, um inklusive Bildung menschenrechtskonform im politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein fest zu verankern? In der Staatenprüfung 2023 hat der zuständige UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen eine negative Bilanz gezogen, indem er feststellt: „Der Ausschuss ist besorgt über die unzureichende Verwirklichung der inklusiven Bildung im gesamten Bildungssystem, die Prävalenz von Förderschulen und -klassen und die verschiedenen Barrieren, auf die Kinder mit Behinderungen und ihre Familien stoßen, wenn die Kinder in Regelschulen eingeschult werden und dort ihren Abschluss machen wollen.“

Für die menschenrechtskonforme Umsetzung der UN-BRK hat der Bund trotz der Bildungshoheit der Länder die Gewährleistungspflicht und die Gesamtverantwortung. Die Bundesregierung entzieht sich bis heute ihrer Verantwortung und verweist auf die Zuständigkeit der Länder. Indem sie die Menschenrechtskonvention nicht als verbindliche Handlungsleitung für ihre Politik aner-



Verlag: BoD - Books on Demand

kennt, macht sie inklusive Bildung zum Spielball für die AfD.

Verfälschte Inklusion

Die politischen Bemühungen, das Recht auf inklusive Bildung an das bestehende hochselektive und segregierende Schulsystem anzupassen, haben sich schon in der offiziellen deutschsprachigen Übersetzung der UN-BRK gezeigt. Die bewusst falsche Wiedergabe von „inclusion“ mit dem Begriff „Integration“ ist trotz der Proteste aus der Zivilgesellschaft bis heute von Deutschland nicht korrigiert worden.

Der ehemalige sächsische Bildungsminister Prof. Roland Wöller befand nach dem Inkrafttreten der UN-BRK, dass Deutschland schon ein inklusives Schulsystem habe, weil alle Schüler:innen Zugang zu einem Bildungsangebot hätten. In ihrem Grundsatzbeschluss 2010 zu inklusiver Bildung war es der Kultusministerkonferenz (KMK) ein besonderes Anliegen festzustellen: „Die Behindertenrechtskonvention macht keine Vorgaben darüber, auf welche Weise gemeinsames Lernen zu realisieren ist. Aussagen zur Gliederung des Schulwesens enthält die Konvention nicht.“ Damit war für sie der Status quo des gegliederten Schulsystems strukturell gesichert.



Foto: Amanda Mills, USCDCP – CC0 1.0

Mit der Verfälschung des Menschenrechts auf inklusive Bildung zum Sonderrecht für Kinder mit Behinderungen konnte die KMK die Zuständigkeit der Sonderpädagogik für inklusive Bildung begründen und ihr das erweiterte sonderpädagogische Aufgabenfeld in den Förderschulen und den allgemeinen Schulen übertragen. Der transformative Anspruch des Menschenrechts auf inklusive Bildung, der allen Kindern das Recht zusichert, in einem inklusiven und ungegliederten Schulsystem gemeinsam zu lernen, wurde mit dem Sonderrecht unsichtbar gemacht und wird bis heute unterlaufen.

Ich finde: Wer – wie die KMK – zum Erhalt des hierarchisch gegliederten Schulsystems inklusive Bildung verfälscht, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, Inklusion zum „Ideologieprojekt“ für die AfD gemacht zu haben.

Die AfD-Strategie

In ihrem „Regierungsprogramm“ diskreditiert die AfD Inklusion „als Experiment an unseren Kindern“. Es sei weder im Interesse der Kinder mit Behinderungen noch der „normal begabten“ Kinder. Sie argumentiert betont behindertenfreundlich und bemängelt, dass Kinder mit Behinderungen im gemeinsamen Unterricht nicht genügend Aufmerksamkeit bekämen und hinter ihren Möglichkeiten zurückblieben. „Gerade behinderte Kinder benötigen eine speziell auf ihre Situation abgestimmte Pädagogik, wie sie nur an Förderschulen möglich ist.“

Diese Argumentation könnte auch von Marco Tullner stammen, der in seiner Amtszeit als CDU-Bildungsminister von Sachsen-Anhalt erklärte: „Förderschulen in Deutschland sind ein hohes Gut, das wir in der Inklusionsdebatte leichtfertig aufs Spiel gesetzt haben. Wir werden auch in Zukunft Förderschulen dringend brauchen.“

Die AfD passt sich dem gängigen Diskurs der Befürworter*innen des Förderschulsystems an und übernimmt die Vor-

stellung der konservativen Bildungspolitik, wonach die Förderung am besten gelingt, wenn Kinder in homogenen Klassenverbänden unterrichtet werden.

Mit der Diskreditierung der Inklusion als „ideologiegeleitetes Experiment“ empfiehlt sich die AfD den Lehrkräften, die die Inklusion grundsätzlich für nicht sinnvoll halten. Nach der letzten vom VBE in Auftrag gegebenen Forsa-Umfrage (2025) gehört dazu ein Drittel der Lehrer:innenschaft.

Aufklärung als Gegenstrategie

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat aktuell eine wissenschaftliche Analyse mit dem Titel „Die AfD – Gefahr für Menschen mit Behinderungen“ veröffentlicht. Als Nationale Menschenrechtsinstitution sieht sie sich verpflichtet, der Verharmlosung der verfassungsfeindlichen AfD als rechtspopulistisch eindringlich entgegenzutreten.

Das DIMR deckt mit der Studie auf, welches Menschen- und Gesellschaftsbild sich hinter der Forderung nach Abschaffung von Inklusion verbirgt, die aus wahltaktischen Gründen auf moderat klingende Argumente zurückgreift und vorgeblich auf den Schutz der Menschen mit Behinderungen abhebt.

Die Studie belegt an Beispielen, dass die Abwertung von Menschen mit Behinderungen manifestester Bestandteil des Gedankenguts der Partei

ist. Mit völkischen Vorstellungen von einem „gesunden Volkskörper“ schließt sie Menschen aus, die nicht gesund bzw. leistungsfähig sind. Sie verschiebt mit solchen menschenfeindlichen Äußerungen die Grenzen des Sagbaren und macht damit Stimmung gegen Menschen mit Behinderungen.

„Die AfD hat sich seit ihrer Gründung 2013 fortlaufend radikalisiert und ein Ende dieses Radikalisierungsprozesses ist nicht abzusehen. Sie hat sich längst zu einer rechtsextremen und damit verfassungsfeindlichen Partei entwickelt, die ein national-völkisches Menschenbild vertritt. Die Partei zielt darauf ab, die Gültigkeit der Menschenrechte und den Rechtsstaat in Deutschland abzuschaffen. Ihr eingeschlagener Kurs interessiert sich bereits vom Grundansatz nicht für den Menschen als Individuum. Er läuft auf eine Gewaltherrschaft hinaus, die sich am Nationalsozialismus orientiert“, heißt es in der Studie.

Die Studie leistet durch Aufklärung einen wichtigen Beitrag inmitten der ideologischen Stimmungsmache der AfD. Ob es gelingt, gegen die AfD in der Landtagswahl zu punkten, ist offen. Die Remigrationspolitik der AfD hat dieser trotz der öffentlichen zivilgesellschaftlichen Proteste bei den letzten Wahlen nicht geschadet.

mokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen ist gelebte Inklusion als verfassungs- und menschenrechtlich verbrieftes Recht auf gleiche Menschenwürde in unseren Schulen und in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Deshalb muss sich die Zivilgesellschaft, die sich zu Inklusion bekennt, nicht nur von der AfD abgrenzen. Sie muss die demokratischen Parteien in die Verantwortung nehmen und von ihnen die Umsetzung des Menschenrechts auf gesellschaftliche Inklusion jetzt einfordern.

Für den notwendigen bildungs- und gesellschaftspolitischen Kurswechsel ist die Einrichtung einer Enquetekommission durch den Deutschen Bundestag, wie sie von dem Verein „Politik gegen Aussonderung“ (PogA) gefordert wird, eine wichtige Maßnahme.

Die Enquetekommission könnte sowohl einen historischen Beitrag zur politischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung des Unrechts an Menschen mit Behinderungen in Deutschland leisten als auch konkrete Perspektiven einer menschenrechtskonformen gesellschaftlichen Umsetzung der UN-BRK in Deutschland aufzeigen. Das Deutsche Institut für Menschenrechte wäre ein wichtiger Bündnispartner auf diesem Weg.

Politische Umsetzung gesellschaftlicher Inklusion

Der sicherste Schutz vor der AfD und ihren de-

Nr. 06 | Juli/August 2026

- *Reformsommer: Wer zahlt die Rechnung?*
- *Alle Empfehlungen der DGB-Rentenkommission gibt es hier:*
dgb.de/rente
- *Arbeit ohne Ende: Wenn der 8-Stunden-Tag fällt*
- *Für eine bessere Rente*

Der Blick der Jugend auf die Alterssicherung

<https://www.dgb.de/service/weiterer-service/einblick/#c7553>

einblick

Gewerkschaftlicher Info-Service | Sonderausgabe | November 2025



LabourNet Germany

<https://www.labournet.de>

Irrwege einer erschöpften Gesellschaft

Der Abbau emanzipatorischer Errungenschaften ist en vogue. Das hat fatale Folgen. Die Kolumne Hadija Haruna-Oelker – Frankfurter Rundschau vom 14.06.2026*

Ratlosigkeit. Ein Zustand zwischen Erschöpfung und Orientierungslosigkeit. Vielleicht eines der politischen Gefühle unserer Zeit. Der Soziologe Heinz Bude beschreibt die deutsche Gesellschaft als müde, gereizt und ratlos.

Wer ratlos ist, sucht Orientierung. Das kann der Anfang eines Nachdenkens sein. Gefährlich wird es aber, wenn Menschen dadurch einfachen Erklärungen recht geben, den sogenannten Anderen die Schuld zuschieben und an Lügen glauben. Zum Beispiel, dass die Probleme Deutschlands vor allem die Folge von Migration seien oder die eigentliche Gefahr für die Demokratie von links komme.

Jüngst erklärte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann die Brandmauer zu einem „linken Begriff“, der die politische Debatte vergiftet habe. Dabei steht die Brandmauer für einen demokratischen Konsens: die Abgrenzung gegenüber extrem Rechten. Nun wird die Vorsorge vor dem Feuer zum Problem erklärt und nicht mehr das Feuer selbst.

Diese Verdrehung erzählt viel über unsere Gegenwart. Über eine Gesellschaft, die zunehmend genervt wirkt von Fragen der Gerechtigkeit, von Diskriminierung, Verantwortung und Solidarität. Die Autorin Alice Hasters beschreibt dieses Phänomen in ihrem neuen Buch „Anti-Opfer“. Viele möchten nichts mehr hören von Benachteiligung und Ungleichheit, weil man sich selbst als Opfer fühlt.

Tatsache ist, dass die Mär von angeblichen Sprechverböten, vom Verlust der Meinungsfreiheit und einer Demokratie, die von „Wokeness“ gekapert worden sei, inzwischen zum festen Bestandteil öffentlicher Debatten gehört. Dabei zeigt sich die Verschiebung oft in kleinen Dingen. Darin, dass das Sterben eines Buckelwals mehr Aufmerksamkeit erhält als die Folgen der Reform der europäischen Asylpolitik, die menschenrechtliche Standards infrage stellt. Oder darin, dass der einzige mehrsprachige und interkulturelle öffentlich-rechtliche Sender „Cosmo“ faktisch verschwindet und in einem neuen Format auf eine junge urbane Zielgruppe reduziert werden soll.



Foto: privat

Mehr als 500 Migrant*innenselbstorganisationen haben dagegen protestiert.

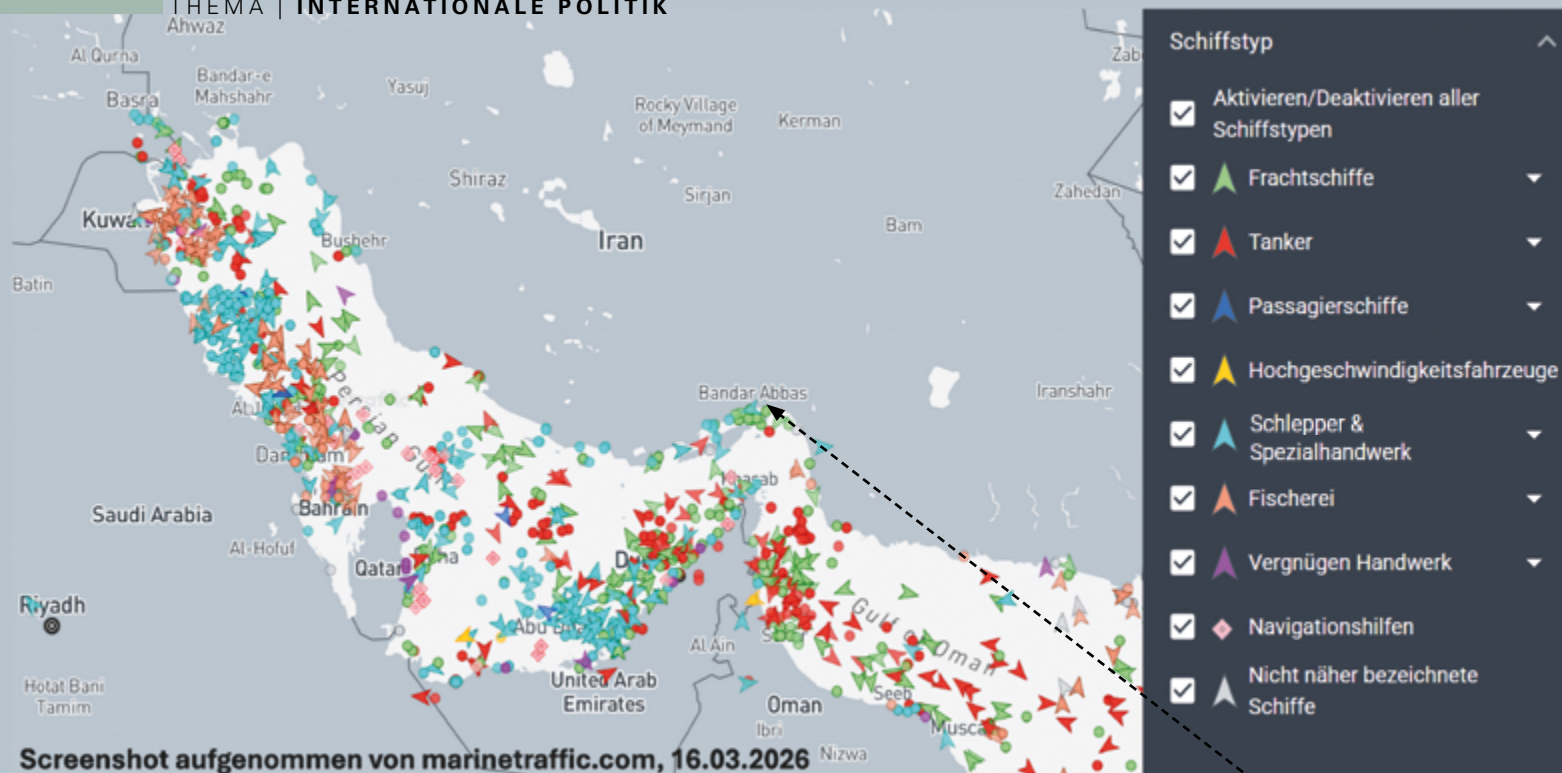
Gleichzeitig wird behauptet, konservative Stimmen kämen zu kurz. Dabei bedeutet mehr Diversität nicht weniger Meinungspluralität, sondern mehr. Denn in allen Bevölkerungsgruppen finden sich unterschiedliche politische Einstellungen.

Die viel beschworene Mitte ist kein neutraler Ort. Sie ist in den vergangenen Jahren nach rechts gerückt. Vielleicht ist deshalb der Abbau emanzipatorischer Errungenschaften wieder en vogue, während andere längst die nächsten Schritte planen. Führende Vertreter der extremen Rechten, die sich wie kürzlich zum sogenannten „Remigration Summit“ in Portugal treffen, wo sich AfD-Bundesvorstand Kay Gottschalk Tipps beim früheren ICE-Befehlshaber Gregory Bovino holte, wie eine „Correctiv“-Recherche zeigt.

Die Frage ist deshalb längst nicht mehr, ob man die AfD und ihre Wählenden ernst nehmen sollte. Natürlich sollte man das. Es bedeutet aber nicht, ihre Feindbilder zu übernehmen. Wer Demokratie schützen will, darf nicht zulassen, dass ihre Gegner bestimmen, worüber gesprochen wird. Darin liegt die größte Falle unserer ratlosen Gegenwart: dass mehr Menschen ihre Themen, Sprache und Deutungen übernehmen und damit den Vorhof für das ausbauen, was sie verhindern wollen.

Der Abdruck dieses Beitrags erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Frankfurter Rundschau

* Hadija Haruna-Oelker ist Politikwissenschaftlerin, Autorin und Moderatorin



Live-Trackingaufnahme des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormuz und eine geografische Einordnung der Region

EIN KOMMENTAR

Das Präventionsparadox kollabiert. In Echtzeit.

Am 22. Juni 2025, dem Tag von Operation Midnight Hammer, stieg die kalkulierte Wahrscheinlichkeit für eine Schließung der Straße von Hormuz auf Prognosemärkten innerhalb weniger Stunden von 15 auf 60 Prozent. Das iranische Parlament verabschiedete noch am selben Abend einen Beschluss zur Sperrung der Meerenge. Beides war öffentlich, nachvollziehbar und dokumentiert.

Nun Monate später starteten die USA und Israel mit Operation Epic Fury einen massiven koordinierten Militärschlag gegen den Iran. Innerhalb von Stunden schlug Teheran zurück: gegen US-Stützpunkte, israelische Ziele und die Öl-Infrastruktur in der gesamten Golfregion. Und die iranischen Revolutionsgarden setzten exakt das um, was seit Juni 2025 angekündigt war: die faktische Schließung der Straße von Hormuz.

Stand Anfang März 2026: Der Tankerverkehr durch die Meerenge ist nahezu zum Erliegen gekommen; und das nicht durch eine klassische Seeblockade, nicht durch Minen oder Kriegsschiffe, sondern durch gezielte Drohnenangriffe auf

Fotos: Taken from Marine Traffic, www.marinetraffic.com, iStock_PeterHermesFurian

einzelne Tanker, die ausreichten, um Versicherungen und Reedereien zur Einstellung des Verkehrs zu bewegen. Der Ölpreis hat zeitweise die 120-Dollar-Marke erreicht. Europäische Gaspreise sind innerhalb einer Woche um über 60 Prozent gestiegen. QatarEnergy hat nach iranischen Drohnenangriffen auf seine Anlagen die LNG-Produktion eingestellt. Und Europa, das seit dem Verlust russischer Pipeline-Lieferungen zunehmend auf genau dieses Flüssiggas angewiesen ist, steht vor der schwersten Versorgungskrise seit 2022. Wer sagt, das sei nicht vorhersehbar gewesen, hat entweder die Signale nicht gelesen oder hatte keine Struktur, um sie in Entscheidungen zu übersetzen. Das ist meines Erachtens ein zentraler, aber



selten benannter Aspekt dieser Krise. Denn die Frage, die sich jetzt stellt, ist nicht allein eine außenpolitische. Sie betrifft nicht nur Regierungen und Militärs. Sie betrifft jede Organisation, deren Funktionsfähigkeit von globalen Lieferketten, Energieversorgung oder dem Zugang zu Rohstoffen abhängt. Also, im Grunde: fast jede. Was wir gerade erleben, ist ein Lehrstück darüber, wie eine geopolitische Eskalation in die operative Realität nicht-politischer Akteure durchschlägt. Ein Unternehmen in der Chemieindustrie, das Vorprodukte aus dem Golf bezieht. Ein Energieversorger, dessen Gasbeschaffung an katastrophischem LNG hängt. Ein Logistikunternehmen, dessen Routen durch die Meerenge oder das Rote Meer führen. Sie alle sind keine außenpolitischen Akteure. Aber sie stehen plötzlich vor Entscheidungen, die aus einem geopolitischen Kontext resultieren, auf den sie sich nicht vorbereitet haben.

Das Präventionsparadox und seine operative Wirkung

Das Präventionsparadox beschreibt genau diesen Mechanismus: Solange die Straße offen ist, rechtfertigt niemand die Investition in eine Entscheidungsarchitektur, die geopolitische Signale in operative Anpassungen übersetzt. Wenn sie geschlossen ist, ist der Moment für diese Investition vorbei.

Man kann das abstrakt finden. Aber schauen wir auf das, was gerade konkret passiert. Iran brauchte keine Marine, um eine der wichtigsten Handelsrouten der Welt lahmzulegen. Ein paar gezielte Drohnenangriffe reichten, um einen Versicherungsschock auszulösen, der den kommerziellen Verkehr zum Stillstand brachte. Das war, genau genommen, kein Angriff auf Schiffe. Das war ein Angriff auf ein System: auf die Annahme, dass Versicherbarkeit gleichbedeutend mit Sicherheit ist. Und diese Annahme haben viele Organisationen nie hinterfragt, weil sie in keinem Risikobericht als Verwundbarkeit auftauchte.

Die Kaskadeneffekte sind dabei längst über den Energiemarkt hinausgewachsen. Rund ein Drittel des weltweiten Düngemittelhandels läuft durch die Straße von Hormuz. Aluminium, Zucker, Chemikalien: Die Lieferketten, die jetzt brechen, waren für die meisten Akteure bis vor kurzem unsichtbar, da die Strukturen fehlten, die aus vorhandenen Daten Handlungsdruck machten.

Die Signale waren da. Die Strukturen nicht.

Dabei liegt die eigentliche Herausforderung gar nicht im Erkennen der Signale. Diese waren nicht schwach. Sie waren laut. Die Wahrscheinlichkeit einer Hormuz-Schließung wurde seit Sommer 2025 offen diskutiert. Iran hatte bereits Mitte Februar 2026 seine Ölexporte auf das Dreifache erhöht, ein klassisches Frontloading, das auf bevorstehende Störungen hinweist. Selbst Saudi-Arabien versuchte, seine Lieferungen vorzuziehen. Das alles geschah vor aller Augen.

Und trotzdem traf die Schließung Unternehmen, Lieferketten und politische Entscheider, so scheint mir, mit einer Wucht, die auf fehlende Vorbereitung schließen lässt. Das ist kein Informationsdefizit. Das ist ein Strukturdefizit. An dieser Stelle wird der Befund politisch relevant, auch

jenseits der Außenpolitik. Denn gesellschaftliche Resilienz, über die in den letzten Jahren viel und zu Recht gesprochen wurde, lässt sich nicht auf die Abwehr äußerer Bedrohungen reduzieren. Sie beginnt in der Fähigkeit von Organisationen, von Verwaltungen, von Unternehmen, von kritischen Infrastrukturen, geopolitische Veränderungen als das zu behandeln, was sie sind: als operationale Rahmenbedingung ihres eigenen Handelns.

Wer Geopolitik als externes Analysefeld behandelt, als etwas, das man beobachtet, aber das die eigenen Strukturen nicht berührt, der hat eine entscheidende Leerstelle in seiner Risikoarchitektur. Und genau diese Leerstelle wird in der Vielkrisenwelt nicht kleiner, sondern größer.

Die Unsichtbarkeit erfolgreicher Prävention

Das Präventionsparadox hat dabei eine besonders unangenehme Eigenschaft: Erfolgreiche Prävention bleibt unsichtbar. Wenn eine Organisation ihre Entscheidungsarchitektur so gebaut hat, dass geopolitische Signale frühzeitig in operative Anpassungen übersetzt werden, dann passiert im Ernstfall nichts Spektakuläres. Kein Krisenstab, keine Sondersitzung. Nur eine Organisation, die bereits positioniert war, als die Krise eintraf. Das ist schwer zu kommunizieren, schwer zu finanzieren, schwer zu legitimieren.

Und doch zeigt die aktuelle Krise mit, ich möchte sagen, brutaler Klarheit, was passiert, wenn diese Investition ausbleibt. Europas Gasversorgung hängt an Lieferungen, die durch eine Meerenge von 33 Kilometern Breite müssen. Die EU muss bis zum Winter rund 700 LNG-Ladungen beschaffen, 180 mehr als im Vorjahr, zu deutlich höheren Preisen, in einem Markt, in dem asiatische Käufer um dieselben Mengen konkurrieren. Das sind keine abstrakten Zahlen. Das sind die konkreten Kosten einer fehlenden präventiven Architektur.

Was auf dem Spiel steht

Gestaltungshoheit entsteht nicht in der Krise. Sie muss vorher gebaut werden. Die schmerzhafteste Erkenntnis dieser Tage ist meines Erachtens allerdings diese: Ein echtes Vorher gibt es in der Vielkrisenwelt eigentlich nicht mehr. Die Krisen überlagern sich, beschleunigen sich gegenseitig, erzeugen Wechselwirkungen, die sich nicht sequenziell abarbeiten lassen. Wer wartet, bis die aktuelle Krise gelöst ist, um sich auf die nächste vorzubereiten, hat das Wesen dieser Zeit nicht verstanden.

Das bedeutet: Entscheidungsarchitekturen müssen so gebaut sein, dass sie unter Dauerbelastung funktionieren. Nicht als Ausnahmemechanismus, sondern als operativer Standard. Nicht als Reaktion auf Signale, sondern als vorbereiteter Raum, in den Signale einfließen können. Und die Frage, die sich jede Organisation in Sicherheit, Verteidigung und kritischer Infrastruktur, aber eben auch darüber hinaus stellen sollte, ist nicht: Was wussten wir? Sondern: Was haben wir mit dem Wissen gemacht? Die ehrliche Antwort ist, in vielen Fällen leider noch immer: zu wenig, zu spät, zu reaktiv. 🏛️

Anja Opitz

Der Abdruck dieses Beitrags erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Akademie für Politische Bildung Tutzing – <https://www.apb-tutzing.de>

Lektüreempfehlungen



<https://www.galiani.de>

Roland Peters und Hannes Vogel

Angriff der Tech-Milliardäre

Wie Thiel, Musk & Co unsere Demokratien zerstören wollen

Galiani-Verlag – Gebundene Ausgabe 29,00 €,

E-Book 22,99 €

„Trump ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Netzwerke von US-Tech-Milliardären wie Thiel, Musk und Co sind erstaunlich weit verzweigt. Und sie wollen nicht nur die Demokratie in den USA abschaffen, sie wollen die Welt verändern. Roland Peters und Hannes Vogel liefern das erste umfassende Buch über die Vordenker, ihre Netzwerke, ihre Pläne und ihre politische Virulenz. Es klingt wie eine Verschwörungstheorie, aber zunehmend wird klar: Die Aushöhlung der US-Demokratie ist kein Zufall. Hinter der Trump-Regierung steht eine unheilige Allianz aus Tech-Milliardären, in deren Gedankenwelt eine wilde Mischung aus enthemmter Technologieläufigkeit, Science-Fiction-Fantasien von Unsterblichkeit,

Mars-Besiedelung, KI-gesteuerten Kriegen und rücksichtsloser Sieger-Mentalität vorherrscht. Über Mittelsmänner wie JD Vance haben sie Zugang zur Macht und werden ihn auch lange nach Donald Trump noch behalten. Die Europäische Union, westliches Demokratieverständnis und traditionelle Vorstellungen von Menschenwürde sind für sie Schnee von gestern. Und sie wollen ihren Ideen global zum Sieg verhelfen – weshalb sie weltweit agieren und in Europa Reaktionäre wie Orban, Fico und die AfD tatkräftig unterstützen.“ So die Ankündigung des Verlages Galiani.

Das Buch wird am Montag, 5. Oktober 2026 um 20:00 h im Pfefferberg Theater in Berlin vorgestellt. Informationen und Karten gibt es [hier](#): Pfefferberg Theater!

Mit Roland Peters wurde in der OSRadio 104,8 Bürgerfunksendung „Nachhaltig gut leben“ Anfang August ein Gespräch über das Buch geführt. Auf der Website www.nachhaltigutleben.net kann man diese Sendung nachhören.

Rainer Mühlhoff

Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus

Reclams Universal-Bibliothek – Taschenbuch 9,00 €

Preisträger »Das politische Buch 2026« der Friedrich-Ebert-Stiftung: KI und AGI (Artificial General Intelligence), ihr menschenverachtendes Weltbild und unsere Zukunft

Warum wird künstliche Intelligenz als Heilsbringer für die größten Probleme der Menschheit gehandelt, obwohl die Industrie auf Ausbeutung und Menschenverachtung beruht? Die öffentliche Spekulation über Erlösung oder Auslöschung durch KI lenkt von den erheblichen gesellschaftlichen Schäden heutiger KI ab. Und sie verdeckt die zunehmend faschistischen Tendenzen, die sich im Zusammenspiel von Tech-Industrie und der neuen Rechten bilden.

Der preisgekrönte Essay wurde vollständig überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht.



<https://www.reclam.de>



Deutsches Schulbarometer Lehrkräfte 2026

Das Deutsche Schulbarometer Lehrkräfte ist eine jährlich stattfindende repräsentative Erhebung unter Lehrkräften an allgemein- und berufsbildenden Schulen in Deutschland. Ab 2024 beobachten wir diese Akteursgruppe in Schule im jährlichen Längsschnitt (Panellerhebung) zu unterschiedlichen Themen: aktuelle Herausforderungen und dringendste Bedarfe an der eigenen Schule, das Belastungserleben und die berufliche Zufriedenheit, der Umgang in Schule mit Heterogenität und Digitalisierung sowie besuchte Fortbildungen, die Feedbackkultur und die Zusammenarbeit im Kollegium.

In den vergangenen Erhebungen haben wir unterschiedliche aktuelle Thematiken aufgegriffen. Im Juni 2026 sagten rund drei Viertel der Lehrkräfte, dass sie überfachliche Kompetenzen wie Empathie, Teamfähigkeit, Selbstständigkeit oder Frustrationstoleranz im Unterricht fördern. Das Schulbarometer zeigte zum ersten Mal

auch, wie unsicher Lehrkräfte im Umgang mit politischen Äußerungen sind:

Fast jede fünfte Lehrkraft fühlte sich durch ein vermeintliches Neutralitätsgebot gehemmt. Im Juni 2025 sorgten sich die Lehrkräfte um die Kompetenzen der Generation ChatGPT und wünschten sich mehr Demokratiebildung an ihrer Schule. Im April 2024 sah jede zweite Lehrkraft an der eigenen Schule ein Problem mit psychischer oder physischer Gewalt unter Schüler*innen. Mehr als ein Drittel fühlte sich mehrmals pro Woche emotional erschöpft. Im September 2023 nahmen Lehrkräfte häufiger Anzeichen von Kinderarmut bei ihren Schüler*innen wahr und eine Mehrheit würde ihre Arbeitszeit aufstocken, wenn bestimmte Reformen eingeleitet würden. Im Juni 2022 wurde deutlich, dass die Mehrheit der Lehrkräfte unter emotionaler Erschöpfung leidet und sie einen deutlichen Anstieg von Verhaltensauffälligkeiten in Folge der Corona-Pandemie bei ihren Schüler*innen beobachten.

Deutsches Schulbarometer 2025/26

Psychische Belastung bei Kindern und Jugendlichen steigt

Das Deutsche Schulbarometer stellt einen Zusammenhang zwischen psychischer Belastung von Kindern und Jugendlichen und schwacher Einkommenssituation der Familie fest. Die GEW fordert daher, die soziale Infrastruktur zu stärken.

GEW Bund

Frankfurt 18.03.2026

Die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland nimmt erstmals nach der Corona-Pandemie wieder zu. Das geht aus dem am Mittwoch veröffentlichten Deutschen Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung hervor. Laut der repräsentativen Studie fühlt sich ein Viertel der Schülerinnen und Schüler psychisch belastet (2025: 25 Prozent, 2024: 21 Prozent). Die soziale Herkunft ist dabei entscheidend: Kinder aus einkommensschwachen Familien berichten überdurchschnittlich häufig von psychischer Belastung (31 Prozent), geringem schulischem Wohlbefinden (29 Prozent) und niedriger Lebensqualität (36 Prozent). Zugleich empfindet fast die Hälfte aller Befragten hohen Leistungsdruck und gibt an, auch am Wochenende für die Schule lernen zu müssen.



<https://bosch-stiftung.de/publikation/deutsches-schulbarometer-befragung-schuelerinnen>

„Die Befunde sind besorgniserregend und zeigen einen riesigen Handlungsbedarf“, sagte Anja Bensing-Stolze, GEW-Vorstandsmitglied Schule, in Frankfurt am Main. „Die mentale Gesundheit der

Kinder darf nicht von den finanziellen Ressourcen der Eltern abhängen. Die Versorgung mit (schul) psychologischen und therapeutischen Angeboten sowie die Schulsozialarbeit müssen dringend ausgebaut und verbessert werden.“

„Die mentale Gesundheit der Kinder darf nicht von den finanziellen Ressourcen der Eltern abhängen.“ (Anja Bensinger-Stolze)

Wohlbefinden zum Indikator für Schulqualität machen

Kürzungen bei der sozialen Infrastruktur seien in der aktuellen gesellschaftlichen Lage mit Krisen und Kriegen der falsche Weg. So sei das Programm Mental Health Coaches an Schulen mit dem Bundeshaushalt 2026 gestrichen worden; in Hessen würden Ressourcen an Schulen in Brennpunkten eingespart. „Das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte an Schulen muss in der schulpolitischen Debatte einen höheren Stellenwert bekommen“, betonte die GEW-Expertin. Nötig seien eine zeitliche Entlastung der Lehrkräfte und der Ausbau multiprofessioneller Teams. Die GEW plädiert dafür, das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte zum Indikator für die Schulqualität zu erheben, zum Beispiel im Startchancenprogramm.

Schülerinnen und Schüler wollen gehört werden

Eine große Kluft deckt das Schulbarometer beim Thema Mitbestimmung auf: Während sich drei Viertel der Schülerinnen und Schüler mehr Einfluss auf Unterrichtsthemen oder Prüfungsformate wünschen, geben vier Fünftel an, hier kaum mitreden zu können. Selbst Gremien wie die Schülerversammlung werden von 43 Prozent der Befragten als wirkungslos eingeschätzt. Dabei belegt die Studie auch: Wer mitentscheiden darf, fühlt sich in der Schule wohler.

Bensinger-Stolze betonte daher: „Die Vertretungsgremien müssen ernst genommen und Partizipation, zum Beispiel durch Klassenräte, gestärkt werden.“ Partizipation und eine bessere Beteiligung seien wichtige Elemente für mehr Wohlbefinden, aber auch für gelebte Demokratiebildung.

Mobbing bleibt ein Problem

Auch Mobbing ist für viele Schülerinnen und Schüler Alltag. Ein Drittel der 11- bis 17-Jährigen wird mindestens einmal im Monat von anderen schikaniert, jede bzw. jeder Zehnte sogar wöchentlich oder täglich. Besonders häufig sind 14-Jährige betroffen (38 Prozent). Dabei wird Mobbing im direkten, persönlichen Kontakt häufiger erlebt als Cybermobbing, tritt aber oft in Kombination auf. Ein positiver Aspekt: Die Aufklärung an den Schulen scheint anzukommen. Vier von fünf Schülerinnen und Schülern wissen, an wen sie sich für Hilfe wenden können.

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/psychische-belastung-bei-kindern-und-jugendlichen-steigt>

Zu guter Letzt

Entscheidet die AI über den Einsatz von AI? Der Mythos der „Artificial Intelligence“!

Henrik Peitsch

*„Ich fürchte den Tag,
an dem unsere Technologie unsere Menschlichkeit überholt.
Die Welt wird dann eine Generation von Idioten sein.“*

Albert Einstein

Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Artificial Intelligence (AI) sind in ihrer Komplexität noch kaum greifbar. Es greift zu kurz, AI lediglich als mathematisches Modell oder instrumentelle Anwendungstechnik zu betrachten. Im Vergleich zu früheren Technologien sind die Risiken eines Missbrauchs weitaus gravierender, da die Kontrollierbarkeit der Systeme zunehmend schwindet. Es stellen sich existenzielle Fragen: Kontrolliert die AI bereits sich selbst? Wer schützt uns vor AI-gesteuerten Hackerangriffen?

Besonders problematisch ist die Machtkonzentration bei einer Handvoll Tech-Milliardären. Diese

agieren nicht nur als Marktmonopolisten, sondern nutzen ihren immensen Reichtum, um politischen Einfluss auszuüben. Die Unterstützung autoritärer Regime durch diese „Tech-Elite“ verdeutlicht deren politische Ausrichtung. Dabei basiert der Erfolg der AI auf massiven Datenmengen, die wir Nutzer bereitstellen. Eine Dynamik, in der echter Wettbewerb – so Peter Thiel – systemgefährdend ist.

Problematisch ist die euphorische Begeisterung für AI in einigen Schulen. (s. NOZ vom 26.5.2026: Jonas Koch „An der Angelaschule bringen sich die Schüler bald selbst den Stoff bei“). Es fehlen ausreichende Erkenntnisse hinsichtlich der Wirkungen auf den Lernprozess der Schüler*innen.

Während Prognosen versprechen, dass die KI den Menschen die „Last der Arbeit“ nehmen werde, droht ohne politische Gegensteuerung eine Entwicklung, die primär den Profitinteressen einer Elite dient und gegen das Gemeinwohl wirkt. Zwar führte der technische Fortschritt zu Wohlstand, doch dieser blieb weitgehend an einer kleinen Gruppe hängen. Die aktuelle Sozialpolitik der Bundesregierung verschärft die prekären Lebensumstände vieler Menschen eher, als sie zu lindern – eine Entwicklung, die eigentlich massiven Protest auslösen müsste.

In diesem Zusammenhang ist die Forderung des Kanzlers nach mehr Arbeit kritisch zu sehen. Ein ähnlicher Appell an die Vermögenden unserer Gesellschaft, ihr Vermögen mit denen gerechter zu teilen, die es im Wesentlichen geschaffen haben, fehlt. Wie Margarete Stokowski im *Spiegel* treffend bemerkt, werde hier ein Wohlstandsbegriff propagiert, der nichts mit echtem Wohlergehen zu tun hat. Ergänzend dazu schreibt Claudia Wagner in der Zeitung *der Freitag*, dass der „Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur“ so gestört sei, dass die sogenannten „Fleißigen“ – etwa die High-Performer in ihren SUVs – oft mehr Schaden anrichten als jene, die das System der Erwerbsarbeit ablehnen.

Abschließend ein ironischer Blick auf unsere eigenen Strukturen: Leider kann die AI bisher nicht die fehlende Mitarbeit in unserem Kreisverband ersetzen. Die Anzahl der Engagierten unter unseren etwa 700 Mitgliedern bleibt leider weiterhin gering. Schade!

Impressum

PAUKOS 1/2026 – Jg 45

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Osnabrück-Stadt
August-Bebel-Platz 1 – 49074 Osnabrück

Erscheinungsweise:

Zwei Ausgaben pro Jahr

Ausgabe:

1/2026

Auflage:

Print: 300 Stück

Digital: <https://osnabrueck-stadt.gewweserems.de/paukos>

Redaktion:

Henrik Peitsch
oeffentlichkeitsarbeit@gew-osnabrueck.de

Druck:

Druckerei Rietbrock
Natruper Straße 87 – 49170 Hagen a.T.W.
Telefon: 05405/98050



<https://farm4.staticflickr.com>

GEW Kreisverband Osnabrück - Stadt

Sprechstunde: mittwochs von 15:00 bis 17:00 h
(nicht während der Ferien)

Telefon: 0541/259620 - Fax: 0541/260827
gew-osnabrueck@t-online.de
www.os-stadt.gewweserems.de

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne vorherige Zustimmung der Herausgeberin unzulässig. Ausnahmen sind gekennzeichnet.

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder.

Wenn es im Einzelfall nicht gelungen ist, Rechteinhaber*innen ausfindig zu machen, werden diese gebeten, sich mit dem Herausgeber in Verbindung zu setzen.

**Es gibt die Schule,
die Sie suchen, sie heißt:**



INTEGRIERTE GESAMTSCHULE

Integrierte Gesamtschulen arbeiten mit einer pädagogischen Grundeinstellung, die vom einzelnen Kind ausgeht und dessen Potenziale fördert.

***Machen Sie sich stark für Ihr Kind –
machen Sie sich stark für eine
Integrierte Gesamtschule in Osnabrück
am Schölerberg!***

Sie suchen eine Schule, ...

...in der alle Kinder gemeinsam lernen – statt in Konkurrenz zueinander?

...in der die individuellen Potentiale aller Kinder gefördert werden?

...die Ihr Kind und alle seine Freunde und Freundinnen aufnimmt?

...die nicht nach der 4. Klasse Kinder bestimmten Bildungsgängen zuordnet?

...die Leistung fordert, ohne Leistungsdruck auszuüben?

...die ohne Sitzenbleiben und Abschlungen auskommt?

...die auf Beruf und Studium gleichermaßen vorbereitet?

...an der erst am Ende der Sekundarstufe I der Schulabschluss festgelegt wird?

**Dann fordern Sie mit uns eine
Integrierte Gesamtschule in Osnabrück
am Schölerberg!**

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Osnabrück-Stadt**

**<https://osnabrueck-stadt.gewweserems.de> – gew-osnabrueck@t-online.de
August-Bebel-Platz 1 – 49074 Osnabrück – T 0541-259620**